

Johannes-Maria Lex

Von: INFORMATIONSDIENST DER PLATTFORM EDUCARE [informationsdienst@plattform-educare.org]
Gesendet: Sonntag, 09. Jänner 2011 22:03
An: ingrid.vogl@vbbi.at; juergen.micheler@tirol.com; Förderl-Schmid Alexandra, STANDARD-Chefredakteuerin; bp@wko.at; saskia.sautner@staedtebund.gv.at; presse@gruene.at; michaela.zlamal@wien.gv.at; presse@oevp-wien.at; wien.presse@spoe.at; post@il4.bmwfj.gv.at; martina.macher@akooe.at; rohrmann@koordination-maennerinkitas.de; pk@parlament.gv.at; organisationsbuero@gmx.at; Claudia.Wallasch@bmwfj.gv.at; Sandra.Gottschall@bmwfj.gv.at; maryrose.sutterluetj@bmwfj.gv.at; Christian.Schmied@parlament.gv.at; frauenservice@bka.gv.at; infopool@gruene.at; info@lb-neu.at; alois.vahrner@tt.com; harald.reutershahn@kabinet-nachrichten.org
Cc: barbara.prammer@parlament.gv.at; fritz.neugebauer@parlament.gv.at; 3pr@parlament.gv.at; josef.cap@spoe.at; karlheinz.kopf@oevpklub.at; heinz-christian.strache@parlament.gv.at; eva.glawischnig@gruene.at; josef.bucher@parlament.gv.at; gabriele.heinisch-hosek@bka.gv.at; beatrix.karl@bmwfj.gv.at; verena.remler@bmwfj.gv.at; claudia.schmied@bmukk.gv.at; informationspool@plattform-educare.org; katharina.klement@parlament.gv.at; petra.rund@parlament.gv.at; laura.rudas@spoe.at; email@oevp.at; fritz.kaltenegger@oevp.at; office@bzoe.at; frauen@spoe.at; frauen@oevp.at; hanspeter.huber@bmukk.gv.at; helene.weichselbaum@bmwfj.gv.at; maximilian.richter@bmwfj.gv.at; johanna.hoffmann@bka.gv.at; christian.oxonitsch@wien.gv.at
Betreff: Sammelmeldung 10.01.2011 - mit Zusammenfassung der wichtigsten Infos über Weihnachten/Neujahr, zum ÖVP-Bildungskonzept und Informationen zum geplanten Bildungsvolksbegehren sowie zur E-Mail-Aktion "Qualität im Kindergarten"
Anlagen: image003.png

Plattform EduCare
 elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 09.01.2011 22:02:35

Alle Aussendungen des Informationsdienstes der Plattform
EduCare können Sie auch im Internet nachschlagen:
<http://www.plattform-educare.org/Informationsdienst.htm>

**Die Plattform EduCare unterstützt das
Volksbegehren „Bildung ist Zukunft“
Registrieren auch Sie sich!**



Achtung! Die Registrierung als Unterstützerin/Unterstützer auf der VBBI-Homepage ist KEINE rechtsgültige Unterstützungserklärung

Die Registrierung ersetzt NICHT die Unterschrift als Unterstützerin/Unterstützer für das Volksbegehren in der Einreichphase (voraussichtlich im Jänner 2011) an öffentlicher Stelle (z.B. Gemeindeamt) oder später innerhalb der achttägigen Eintragungsfrist (Termin wird vom Bundesministerium für Inneres festgelegt) bei den Wahlbehörden.

NUN IST INVESTITION IN DIE QUALITÄT DER ELEMENTARPÄDAGOGISCHEN EINRICHTUNGEN ANGESAGT!

Eine große Anzahl von an der Elementarpädagogik – und damit an der Zukunft unseres Landes - interessierten Menschen aus ganz Österreich hat in den vergangenen Tagen ihre Sorge über die Zukunft der Kindergärten und anderen Einrichtungen bekundet. So weit sie der Plattform EduCare bekannt sind, finden sie die bisherigen [Schreiben](#) von Mitgliedern und MultiplikatorInnen auf der Homepage der Plattform EduCare.

Nunmehr gibt es auch schon einige [Stellungnahmen von PolitikerInnen](#).

Die Ministerinnen *Karl* und *Schmied* sind beispielhaft in Sachen Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen unterwegs. Sie geben uns zumindest das Gefühl, in den [Stakeholderkonferenzen](#) ernst genommen zu werden. Sie haben, bislang, trotzdem leider nicht auf die vielen Schreiben geantwortet.

Die Klubobleute der Parlamentsparteien *GRÜNE* und *FPÖ* lassen offensichtlich über ihre Bereichssprecher Respekt am Wahlvolk erkennen. Beide Parteien mit offenen Worten zur bisherigen Politik und mit Aussagen, die auf zukünftige parlamentarische Initiativen hoffen lassen.

Die Frau Parlamentspräsidentin und ihre Stellvertreter, die Klubobleute von SPÖ, ÖVP und BZÖ negieren unsere Sorgen bislang überhaupt. Die **Damen Abgeordneten** der Parlamentsparteien haben ebenfalls auf unser Schreiben nicht reagiert.

So wie Frau Staatssekretärin *Remler* bislang auch keine Veranlassung dazu sah, auf ein Schreiben der Plattform EduCare zu ihrem Amtsantritt zu reagieren, in dem wir sie um einen Gesprächstermin gebeten haben.

Demokratie? Das Recht geht vom Volk aus?

Wenigstens aus **Wien** erhalten wir von der **SPÖ - Herr Stadtrat Oxonitsch** - Antwort und Verständnis.
Die Schreiben finden Sie [hier](#).

Viele sind – zu recht - zutiefst verärgert!

Wir möchten Ihnen, lieber Mitglieder, SympathisantInnen und MultiplikatorInnen einerseits herzlich für Ihr Engagement für das Elementarbildungswesen in Österreich, somit für die Zukunft unseres Landes, *danken* – und Sie andererseits *dringend ersuchen*, in ihrem KollegInnen-, Bekannten- und Freundeskreis sowie bei den Eltern weitere Briefe anzuregen:

"Wir brauchen ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Einrichtungen"

- unter diesem Link finden Sie Adressen und Textvorschlag für die E-Mail.

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER INFORMATIONSAUSSENDUNG

INFORMATIONEN ZUM BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

Bildungsvolksbegehren

[Erstes Treffen am Montag - Positionen und Vorstellungen der Teilnehmer sollen diskutiert werden](#)
[Am Montag soll noch keine Einigung stattfinden](#)
[Wissenschaftler, Sozialpartner und Betroffene nehmen teil](#)
[Website des Volksbegehrens](#)
[UnterstützerInnenliste](#)

10.1.: Vernetzungstreffen zum Volksbegehren Bildungsinitiative

[Bildungsvolksbegehren: Androsch sieht erste Erfolge](#)

TOP-THEMA

[Leitartikel der Tiroler Tageszeitung von Wolfgang Sablatnik: "Neustart für den Föderalismus"](#)

MEINUNG

[DER STANDARD-KOMMENTAR "Ein Leben auf Pump" von Alexandra Förderl-Schmid - Gut ist es gegangen, nichts ist geschehen: Vieles wird schönerechnet – und -geredet](#)

ZUR DISKUSSION

[Bernhard Bueb: „Die Anstrengung widerspricht der menschlichen Natur“ - Mehr Disziplin. Der deutsche Pädagoge Bueb über „Glück durch Anstrengung“, Faulheit sowie Ganztagschulen als einzigen Ausweg aus der Bildungsmisere.](#)

ÖVP-BILDUNGSKONZEPT

[Spindellegger: ÖVP-Bildungskonzept zeigt zukunftsweisende Inhalte - Neue Bildungswege gehen ohne ideologische Scheuklappen](#)

[ÖVP-Bildungskonzept I - Pröll: Qualität für die Kinder, Sicherheit für die Eltern, Klarheit für Schulen und Lehrer](#)

[ÖVP-Bildungskonzept II Karl: Neue Mittelschule kommt, Gymnasium bleibt - Wohl des Kindes im Mittelpunkt - Schwächen fördern, Stärken fordern - Fokus auf Sprachkompetenz ab Kindergarten - Ausbau der flächendeckenden Kinderbetreuung - "Mittlere Reife" vor Oberstufeneintritt](#)

[Leitl: ÖVP-Bildungskonzept gute Grundlage für Dialog zur Bildungsreform - WKÖ begrüßt Vorschläge zur Einführung der "Mittleren Reife", eines Modulsystems, Sprach-, Früh- und Begabtenförderung](#)

[Fekter: ÖVP-Bildungskonzept setzt mit Deutsch-Förderung essentiellen Schritt für erfolgreiche Integration](#)

[Karl: Gymnasium und Neue Mittelschule sind gleichwertig](#)

[Alle 125 Artikel »](#)

[DER STANDARD-KOMMENTAR "Ein Trippelschritt, kein Fortschritt" von Alexandra Förderl-Schmid - Die VP bewegt sich, zwingt aber weiter Zehnjährigen Bildungsentscheidungen auf - Ausgabe vom 8./9.1.2011.](#)

[ÖVP-Konzept: Was auf die Schulen zukommt](#)

- 1 Erhöhter Lehrerberuf durch die Neue Mittelschule
- 2 Vorschule: Konzepte für Migrantenbetreuung fehlen
- 3 Mehr Druck auf Volksschullehrer beim Schulübertritt
- 4 Verlagerung von Unterricht auf den Nachmittag
- 5 Mehrkosten durch Einführung einer Mittleren Reife
- 6 Schulautonomie: Viele Direktoren mit Managertätigkeit überfordert

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN

[PH-Online](#)

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'EN)

[Übersicht](#)

BETRIEBSKINDERGARTEN

[Recruiting-Trends: Was Top-Absolventen wirklich wollen. Junge Talente achten bei der Jobwahl inzwischen verstärkt auf gestalterische Freiheit und Unternehmenswerte. Das sollten Firmen beachten, wenn sie um Spezialisten und Top-Talente werben.](#)

[Werte werden wichtiger](#)
[Den Geist des Unternehmens präsentieren](#)

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

[Übersicht BAKIP's](#)
[Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's](#)

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

[→ Elementarpädagogische Datenbank](#)

[Wirtschaft bestätigt PISA: Vielen 15-Jährigen fehlt es an Bildung](#)

[Österreichs Bildungssystem ist unfair](#)

BILDUNGSPOLITIK

OECD: Bildung auf einen Blick 2009

- [Inhalt](#)
- [Ältere Ausgaben](#)
- [Links](#)
- [Ausgaben und Bezugsquellen](#)

BM:UKK / BM.W F

- [BM:UKK-Homepage](#)
- [BMWf Homepage](#)

PädagogInnen-Ausbildung NEU

- [Auftrag](#)
- [Berichte der ExpertInnengruppe](#)
- [Stellungnahmen](#)
- [Weitere Expertisen](#)
- [Ergebnisse der Stakeholderkonferenzen](#)
- [Kontakt - Geschäftsstelle](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

- [Gesetze Bundesländer](#)
- [Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)
- [Städtebund: Strukturreformen dürfen kein Tabu sein](#)
- [Pflege, Bildung, Spitäler: Die Baustellen der Länder](#)
- [Wallner zu Pühringer: ÖVP steckt bei Zukunftsfragen in Sackgasse fest](#)
- [IV-Generalsekretär Bevrer: "Ein Drittel der Bezirke und Gemeinden einsparen"](#)
- ["Einzelne Minister brauchen elendslang"](#)

BURGENLAND

[Meldungen: keine](#)

KÄRNTEN

[Meldungen: keine](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

OBERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

SALZBURG

[Meldungen: keine](#)

STEIERMARK

[Meldungen: keine](#)

TIROL

- [Meldungen:](#)
- [Zukunft der Tiroler Tagesmütter gesichert](#)

VORARLBERG

[Meldungen: keine](#)

WIEN

- [Meldungen:](#)
- [Wien: Start für Kindergarten-Anmeldung - Fixer Anmeldezeitraum im Jänner und Februar](#)
- [VP-Marek: ÖVP-Bildungskonzept ist wichtiger Schritt für die Zukunft. Fokus in Wien muss jetzt besonders auch auf ganztägige Schulformen und Kindergärten gerichtet sein.](#)
- [SP-Vertermann: Marek soll ihre Hausaufgaben machen!](#)

FAMILIENPOLITIK

Projektförderungen

- [Förderungen von familienpolitisch relevanten Projekten](#)
- [Förderschwerpunkte 2011](#)
- [Sonderrichtlinie zum Thema "Familienkultur"](#)
- [Abrechnung der Förderung](#)
- [Kontakt](#)

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

➔ [Siehe auch: Morgenjournal \(Samstag, 08. Jänner 2011, 07:00\)](#)

GENDER

Culture Clash

[Gleichbehandlung im Gesetzestext: Psychologische Wirkung ist wichtig](#)

INKLUSION

[EU-Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschieden.](#)

KINDERBETREUUNG

[Einkommensgerechtigkeit für Frauen: Das neue Jahr bringt Fortschritte, aber auch Rückschritte](#)

KINDERERZIEHUNG

[Erziehung: "Jetzt lass doch den Papa machen"](#)

[Was Väter wirklich brauchen](#)

KINDERGARTEN

➔ [Siehe auch: Morgenjournal \(Samstag, 08. Jänner 2011, 07:00\)](#)

KINDERRECHTE

[Kinderrechte vor Aufnahme in die Verfassung](#)

MÄNNER IM KINDERGARTEN

[Männer in Kitas: Fortschritt oder Idealisierung? - Ein Streitgespräch](#)

MONTESSORI

[INFORMATIONEN ABEND ZUR MONTESSORI-PÄDAGOGIK](#)

[REFRESHER UND FORTBILDUNG FÜR MONTESSORI-LEHRERINNEN](#)

[REFRESHER-REIHE FÜR KINDERHAUS-PÄDAGOGINNEN](#)

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

[Übersicht](#)
[Inskription](#)

[ÖVP-Attacke auf Pädagogische Hochschulen](#)

[Nach Attacken: Hochschul-Rektoren erzürnt über ÖVP](#)

[Volksschullehrer sollen bald fünf Jahre bis zum "Master" studieren](#)

PARLAMENTSMELDUNGEN

[Nach 40 Stunden Debatte passiert Budget 2011 das NR-Plenum Opposition bringt über 60 Anträge ein](#)

[Die Parlamentswoche vom 10.1.2011 - 14.1.2011 - Erste Ausschusssitzungen am 12. Jänner](#)

[Verankerung von Kinderrechten in der Bundesverfassung](#)

PLATTFORM EDUCARE

[Selbstverständnis](#)
[Forderungen](#)
[Mitslieder](#)
[Presse-Aussendungen](#)

[Morgenjournal \(Samstag, 08. Jänner 2011, 07:00\)](#)

QUALITÄT IN DEN ELEMENTARBILDUNGSEINRICHTUNGEN

[E-Mail-Aktion](#)

[Schreiben an die Abg. z. NR. Mag.^a Gisela Wurm, SPÖ, zur Forderung nach gleiche gesetzlichen Mindeststandards für Elementarbildungseinrichtungen in ganz Österreich](#)

[Sehr geehrte Frau Abgeordnete zum Nationalrat Mag.^a Wurm!](#)

[Mit Freude entnehme ich einer APA-Aussendung, dass Sie als SPÖ-Frauen- und Gleichberechtigungssprecherin im Nationalrat „gesetzliche Mindeststandards für die Kinderbetreuung“ – in allen Bundesländern gleich - gefordert haben.](#)

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

[Sprachförderung in der Kita](#)

[Stopp für den §15a-Vertrag bedeutet Aus für die Sprachförderung - das ist...](#)

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[16. GAIMH Jahrestagung - 17.-19. 2. 2011 - Universität Wien: Was Kinder \(über\)leben lässt – die Liebe als Wirkfaktor in der frühen Kindheit](#)

IMPRESSUM UND HINWEISE

-

INFORMATIONEN ZUM BILDUNGSVOLKSBEGEHREN

Bildungsvolksbegehren**Erstes Treffen am Montag - Positionen und Vorstellungen der Teilnehmer sollen diskutiert werden**

Am kommenden Montag wird es ernst. Am 10.1. treffen sich erstmals jene Organisationen und Personen, die eine Mitarbeit am vom ehemaligen SPÖ-Finanzminister Hannes Androsch initiierten Bildungsvolksbegehren zugesagt haben. Ziel des Treffens ist es laut einer Aussendung über die Rahmenbedingungen des Volksbegehrens und die bisherigen inhaltlichen Überlegungen zu informieren. Zudem soll abgeklärt werden, welche Positionen die Beteiligten teilen und wo die Unterschiede liegen.

Am Montag soll noch keine Einigung stattfinden

"Ziel der Veranstaltung ist es nicht, sich abschließend auf gemeinsame Positionen zu einigen oder den Text des Volksbegehrens zu formulieren", heißt es in der Aussendung ausdrücklich. Das könnte auch schwer werden. Auf der offiziellen Liste der Teilnehmer befinden sich vierzig Organisationen und vierzig Personen. Nach Angaben der APA gibt es laut einer Mitinitiatorin bisher hundert Anmeldungen.

Wissenschaftler, Sozialpartner und Betroffene nehmen teil

Unter den Teilnehmern finden sich auch Sozialpartner. Arbeiterkammer, der Österreichische Gewerkschaftsbund, die [Wirtschaftskammer](#) und die [Industriellenvereinigung](#) haben ihre Mitarbeit angekündigt. Auch Vertreter der SchülerInnen und [Kindergarten- und HortpädagogInnen](#) wollen mitdiskutieren. Selbst der Stadtschulrat Wien findet sich auf der Liste. Buchautor Niki Glattauer ("Der engagierte Lehrer und seine Feinde") und der Philosoph und Vizedekan Konrad-Paul Liessmann sowie Bildungsexperte Bernd Schilcher werden das Bildungsvolksbegehren ebenfalls unterstützen. Auch die Österreichische Hochschülerschaft und die Universitätenkonferenz werden am Treffen teilnehmen.

Auf der [Website](#) der Initiative wird Mitte Jänner als Ziel für den finalen Text des „Volksbegehren Bildungsinitiative“ (VBBI) festgelegt. Erste Erfolge seiner Initiative sieht Androsch schon jetzt. Als Beispiel nannte er im [Ö1-Morgenjournal](#) die Ankündigung der Regierung 2011 zum "Jahr der Bildung" zu machen. (red, derStandard.at, 5.1.2011)

<http://derstandard.at/1293370066134/Sozialpartner-bei-Bildungsvolksbegehren-mit-an-Bord>

Link:

Website des Volksbegehrens

UnterstützerInnenliste

10.1.: Vernetzungstreffen zum Volksbegehren Bildungsinitiative

Utl.: Ort: Museumsquartier/Ovalhalle, Museumsplatz 1, 1070 Wien
Datum: 10.1.2011, Zeit: 14:00 - ca. 14:30 ab ca. 18:30 =

Wien (OTS) - Am 10. Jänner findet das erste Vernetzungstreffen zum Volksbegehren Bildungsinitiative statt. Dieses Treffen in Wien soll dazu dienen, all jene Personen und Organisationen zusammenzubringen, die in den letzten Wochen ihr Interesse an einer Mitarbeit am Volksbegehren bekundet haben.

Medienvertreterinnen und Medienvertreter sind herzlich eingeladen, diesem Vernetzungstreffen zu Beginn bis ca. 14:30 (bis einschließlich Rede von Hannes Androsch), und zur Schlusssequenz, ab ca. 18:30, beizuwohnen.

Das Vernetzungstreffen ist eine Arbeitstagung, d.h. die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutieren, beraten und arbeiten in Klausur und wollen dies aus verständlichen Gründen ohne mediale Beobachtung tun. Die Zusammenfassung und Information über die weiteren Schritte wird wiederum im Plenum erfolgen. Dazu sind Medienvertreterinnen und Medienvertreter wieder herzlich eingeladen.

Datum: 10.1.2011, 14.00 - ca. 14:30 Uhr, ab ca. 18:30
Ort: Museumsquartier/Ovalhalle,
Museumsplatz 1, 1070 Wien

Verkehrsanbindung:

U-Bahn: Linie U2 / Station Museumsquartier und Station Volkstheater; Linie U3 / Station Volkstheater
Bus: Linie 48A / Station Volkstheater, City-Bus 2A /

Station

Museumsquartier
Straßenbahn: Linie 49 / Station Volkstheater
Auto: Parkgarage im MQ

Ziel der Veranstaltung ist es,

- über **Ziele und Rahmenbedingungen** des Volksbegehrens zu informieren,
- die bisherigen **inhaltlichen Überlegungen zum Volksbegehren** zu präsentieren,
- die **Positionen, Anliegen und Prioritäten der anwesenden Personen und Organisationen kennenzulernen und die Gemeinsamkeiten, aber auch die Unterschiede sichtbar zu machen,**
- **mögliche Beiträge und Aktivitäten der anwesenden Personen und Organisationen zu sammeln und**
- **insgesamt eine gute Ausgangsbasis für die Entwicklung einer möglichst breiten inhaltlichen und organisatorischen Plattform und eine gute Grundlage für die weitere Vorbereitung des Volksbegehrens zu schaffen.**

Ziel der Veranstaltung ist es NICHT, sich abschließend auf gemeinsame Positionen zu einigen oder den Text des Volksbegehrens zu formulieren.

Programm

Ab 13:30 Einlass

14:00 Begrüßung und Informationen zum Ablauf der Veranstaltung
Dr. Hannes Androsch: Überlegungen und Motive zur Einleitung des Volksbegehrens

14:30 Beginn der Beratungen
Diskussion der Ziele und der Möglichkeiten des Volksbegehrens
Präsentation der ersten inhaltlichen Überlegungen
Austausch über mögliche Inhalte und Forderungen
Sammlung von Ideen, Beiträgen, Aktivitäten
Erarbeitung von inhaltlichen Prioritäten

Ca. 18:30 Zusammenfassung und Informationen über die nächsten Schritte

ca. 19:00 Gemütlicher Ausklang

Zu Ihrer Information

Bis dato (5.1.2011) sind folgende Zusagen eingelangt:

Akademie der Wissenschaften

Arbeiterkammer

BEV Bundeselternverband AHS / BHS

Bildung Grenzenlos

BildungsarchitektInnen Netzwerk
 BSV Bundesschülervertretung Österreichs
 Bundesjugendvertretung
Caritas
 COOL Cooperative Offenes Lernen
 Elternverband der Österreichischen Waldorfschulen
 Fachhochschul-Konferenz
 FEEL Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie
 HochschülerInnenschaft an der TU Graz
 HVKEV Hauptverband Katholischer Elternverbände Österreichs
 IG_ErwachsenenbildnerInnen
 Industriellenvereinigung
 Junge Industrie
 Junge Wirtschaft

Kinderfreunde / Gernot Rammer

Köck Privatstiftung "Initiative Neues Lernen"

KÖF Katholischer Familienverband

kreativinnovativ2010

Lebenshilfe Österreich

Liga für Kinder- und Jugendgesundheit

MC Managementclub

Netzwerk Bildungsarchitektinnen

Netzwerk Kinderrechte Österreich

OEVZ Österreichisches Volksgruppenzentrum

ÖAW Österreichische Akademie der Wissenschaften

Österreichische Gewerkschaftsjugend

Österreichische Universitätenkonferenz

Österreichischer Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen / Raphaela Keller

Österreichischer Familienbund

Österreichischer Gewerkschaftsbund

Österreichischer Verband der Elternvereine an öffentlichen

Pflichtschulen - Dachverband

Plattform Educare / vom Steuerteam: Raphaela Keller, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Heidemarie Lex-Nalis, Gernot Rammer, MAS, Mag.^a Tanja Täuber, Dr.ⁱⁿ

Brigitte Zielina

Plattform SchulUMbau

Projektteam "Zukunft der Bildung - Schule 2020" der

Industriellenvereinigung

Samariterbund

SOS Mitmensch

Stadtschulrat Wien

UBG Unabhängige Bildungsgewerkschaft

VEBÖ Verband der Erwachsenenbildungsträger Österreichs

VÖBAT Vereinigung österr. Berufsorientierungs- und

Arbeitswelt-TrainerInnen

Wirtschaftskammer Österreich

"Zukunft der Bildung - Schule 2020" Projektteam

Dr. Hannes Androsch, Industrieller

Lore Bauer, Volksschuldirektorin

Barbara Blaha, ehem. ÖH-Vorsitzende

Franz W.Biber, Danube International Schools Vienna

DI Mag. Dr. MR Christian Dorninger

Mag. Julia Druckenthaner, Lothar Lockl Strategie GmbH

Dr. Karipeter Elis, Karl-Franzens-Universität Graz, Institut für

Bildungs- und Erziehungswissenschaft

Dr. Gerhard Friedrich, Geschäftsführer act Management Consulting GmbH

Niki Glattauer, Buchautor, Kolumnist, Lehrer

SC Prof. Dr. Gerhard H. Gürtlich, Verkehrsministerium

Prof. DDR. Günter Haider, BIFIE-Chef

Georg Koenne, Grüne-Bildungsreferent

Mag. Dr. Paul Kral, Pädagog/innenbildner und Wissensmanager

Prof. Herbert Krejci, ehem. IV-Generalsekretär

Univ.-Prof. Dr. Konrad Liessmann, Vizedekan der Fakultät für

Philosophie und Bildungswissenschaft an der Universität Wien

Mag. Lothar Lockl, Lothar Lockl Strategie GmbH

Mag. Marko Lüftenegger, Uni Wien / Institut für.

Wirtschaftspsychologie, Bildungspsychologie und Evaluation

Beppo Mauhart, Austria Tabak-Generaldirektor a.D.

Priv.Do. Dr. Thomas Nau

Monika Pinterits, Kinder- und Jugendanwältin

Hubert Priel, Landesschulinspektor hip.

Dr. Peter Reichen Wallner, Autor

Univ. Prof. Alfred Schabmann, Uni Wien / Institut für.

Wirtschaftspsychologie, Bildungspsychologie und Evaluation

Univ. Prof. Dr. Bernd Schilcher Univ.-Prof. Mag. Dr. Ilse

Schrittesser

Mag. Dr. Alois Schittengruber, Jurist

Dr. Kurt Scholz, Stadtschulratpräsident Wien a.D.

Univ.-Prof. Mag. Dr. Ilse Schrittesser, Uni Innsbruck

Prof. Ernst Smole, Geschäftsführer des "Int. Forums für Kunst,

Bildung & Wissenschaft

Dr. Anton Schmid, Wiener Kinder- und Jugendanwalt

Prof: Dr. Rudolf Taschner, Mathematiker, TU Wien, Gründer von

math.space

Dr. Ingrid Vogl, Kommunikationsberaterin

Dr. Harald Walser, Grüne-Bildungssprecher

Dr. Gundi Wentner, Unternehmensberaterin

Hofrat Dr. Josef Zollneritsch, Leiter des Arbeitskreises "Schule" der

Katholischen Aktion Stmk.

10.1.: Vernetzungstreffen zum Volksbegehren Bildungsinitiative

Datum: 10.1.2011, 14:00 - 14:30 Uhr
Ort: Museumsquartier/Ovalhalle
Museumsplatz 1, 1070 Wien

Rückfragehinweis:
Volksbegehren Bildungsinitiative-Büro
Ingrid Vogl
(0)1 3100740-30
0664 6231053
ingrid.vogl@vbbi.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/11835/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Bildungsvolksbegehren: Androsch sieht erste Erfolge

DiePresse.com
Die Landeschefs seien doch nicht alle für eine Verländerung des Schulsystems, die Regierung will 2011 zum Jahr der Bildung machen. ...
[Androsch will Bildungsministerinnen stärken](#) DiePresse.com
[Hannes Androsch will "Mutbürger" mobilisieren](#) Krone.at
[Alle 5 Artikel »](#)

TOP-THEMA

Leitartikel der Tiroler Tageszeitung von Wolfgang Sablatnig: "Neustart für den Föderalismus"

Wien (OTS) - Erwin Pröll ist als oberster Landeshauptmann gescheitert. Josef Pühringer muss es besser machen.

Probleme könnten in der Nähe der Bürger am besten gelöst werden, sagen die Verteidiger des Föderalismus. Gestern war damit Oberösterreichs Landeshauptmann Josef Pühringer an der Reihe, der seit 1. Jänner den Vorsitz der Landeshauptleute innehat. Und noch ein zweites Argument wird gern ins Treffen geführt: Föderalismus müsse nicht teurer sein, wie zuletzt Tirols Günther Platter im TT-Interview gemeint hat.

Beide, Pühringer und Platter, haben Recht. Aber beide machen es sich auch zu einfach. Denn der gelebte Föderalismus in seiner rot-weiß-roten Ausprägung ist tatsächlich teuer. Und die Frage, ob Entscheidungen nah am Bürger fallen, ist schon lange in den Hintergrund gerückt.

Tatsächlich geht es um andere Dinge. Macht, Misstrauen und Eitelkeiten, wie Erwin Pröll als gescheiterter Oberlandeshauptmann im vergangenen Halbjahr bewiesen hat.

Und über allem steht das Geld. Die Finanzierung der Pflege zeigt es. Zwar bekommen die Länder ein Drittel von jedem Euro aus der neuen Bankenabgabe. Dass sie dieses neue Geld aber auch für neue Aufgaben verwenden, lassen sie sich erst mühsam abverhandeln. Auch der Streit um die Zuständigkeit für die Lehrer zeigt es. Oder die Spitalsreform. Oder die Debatten darüber, wer für den Ausbau der Kinderbetreuung geradestehen soll.

Immer wieder steht am Ende ein Problem: eine seit Jahrzehnten geltende Aufteilung der Zuständigkeiten, die weder klar noch eindeutig oder zeitgemäß ist.

An diesem Kern müsste eine Föderalismus- und Verwaltungsreform ansetzen und für eine Neuordnung sorgen. Möglich ist das aber nur, wenn sich das Verhältnis zwischen Bund und Ländern wieder bessert. Die Amtsübergabe an der Spitze der Landeshauptleute von Pröll zu Pühringer kann eine Chance dafür sein.

Rückfragehinweis:
Tiroler Tageszeitung, Chefredaktion, Tel.: 05 04 03 DW 610

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/213/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

MEINUNG

DER STANDARD-KOMMENTAR "Ein Leben auf Pump" von Alexandra Förderl-Schmid - Gut ist es gegangen, nichts ist geschehen: Vieles wird schön gerechnet und -geredet

Wien (OTS) - Dieses Jahr ist viel besser gelaufen als

prognostiziert: zumindest wirtschaftlich. Denn für 2010 wurde in Österreich ein starker Anstieg der Arbeitslosigkeit und nur ein geringes Wirtschaftswachstum vorausgesagt. Es kam aber anders - besser. Zumindest auf den ersten Blick. Warum eigentlich?

Österreichs Wirtschaft hat die Krise gut gemeistert, besser als viele andere Länder in der Eurozone. Zum einen haben sich Maßnahmen der Politik - etwa die Kurzarbeit - als sinnvoll erwiesen. Viele Unternehmen haben diese Möglichkeit genutzt, statt Menschen zu entlassen.

Zum anderen profitiert Österreich von positiven Entwicklungen in der Nachbarschaft als Trittbrettfahrer. Deutschland hat als Konjunkturlokomotive andere mitgezogen. Österreichische Betriebe und Ableger deutscher Firmen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten als Zulieferer für die Industrie in der Bundesrepublik positioniert haben, konnten von den Exportzuwächsen stark profitieren. Das war - neben vielen hausgemachten Problemen - bei den Eurostaaten am Südrand Europas nicht der Fall. Für österreichische Unternehmen und Banken war außerdem wesentlich, dass sich der Abschwung in Osteuropa (von Ungarn abgesehen) nicht als so dramatisch herausgestellt hat - bisher. Aber ob in dieser Region die Krise tatsächlich überstanden ist, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen.

Was hat sich also geändert seit dem Ausbruch der Krise? _Auf den ersten Blick wenig. Die Börsen in Europa sind auf ein Zwei-Jahres-Hoch geklettert, der ATX hat im Jahresvergleich um 17 Prozent zugelegt. Die Banken verdienen in Österreich nach zwei mageren Jahren wieder prächtig. Der Jahresüberschuss der Kreditinstitute stieg auf mehr als drei Milliarden Euro. Alle tun so weiter, als wäre nichts geschehen, als hätte es die schlimmste Finanzkrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht gegeben. Von der angekündigten Regulierung der Finanzmärkte ist weltweit nur wenig umgesetzt worden. Die damaligen Forderungen nach einem Primat der Politik über die Ökonomie, das wieder hergestellt werden müsse, sind verpufft.

Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass es fast egal ist, wer regiert - die Wirtschaft brummt. Das gilt vor allem für Österreich, erst recht mit dieser Koalition. Nach dem Motto: Gut ist es gegangen, nix ist geschehen. Auch Experten haben keine Erklärung dafür, warum es trotz evidenter Reformresistenz hierzulande so gut läuft. Aber wer will diese Entwicklung schon hinterfragen?

Dabei ist jetzt der Zeitpunkt, genauer hinzuschauen, nachdem das akute Krisenmanagement bewältigt ist. Die Verschuldung ist auch in Österreich angestiegen - innerhalb eines Jahres in den Gemeinden um 50 Prozent. Bei ausgelagerten Unternehmen wie ÖBB und Asfinag explodieren die Schulden. Da diese Zahlen noch nicht nach Brüssel gemeldet werden müssen, scheinen sie auch im öffentlichen Bewusstsein nicht auf. Aber sie sind da. Vieles wird in Österreich schön gerechnet und -geredet. Viel zu wenig wird dagegen in die geistige Infrastruktur investiert, in Bildung, Forschung, Schulen, die Kinderbetreuung. Überfällig sind auch Reformen im Pflege- und Pensionssystem.

Bisher ist dieses Leben auf Pump gutgegangen. Die Zukunft hängt aber nicht allein von der Entwicklung der Finanzmärkte ab.

Rückfragehinweis:
Der Standard
Tel.: (01) 531 70 DW 445

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/449/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ZUR DISKUSSION

Bernhard Bueb: „Die Anstrengung widerspricht der menschlichen Natur“ - Mehr Disziplin. Der deutsche Pädagoge Bueb über „Glück durch Anstrengung“, Faulheit sowie Ganztagschulen als einzigen Ausweg aus der Bildungsmisere.

Die Presse: Sie schreiben in Ihrem Buch „Lob der Disziplin“ davon, Macht positiv zu besetzen. Wie kann man sich das im Schulalltag vorstellen?

Bernhard Bueb: Lehrer sollen wissen, dass sie Macht haben. Macht ist zunächst neutral. Es kommt darauf an, zu welchem Zweck man sie ausübt. Wenn man sie dazu ausübt, um Kinder erfolgreich zum Lernen zu führen, ist es positiv.

Wie sieht das in der Praxis aus?

Ich kann meine Macht dazu nutzen, im Klassenzimmer für Ruhe zu sorgen. Oder dazu, Kindern bestimmte Inhalte zuzumuten, die sie freiwillig nicht lernen würden. Ich sage dann als Lehrer, beauftragt von den Eltern und vom Staat, was gemacht wird. Ich spreche dann von Autorität, die ist ja rechtmäßig ausgeübte Macht. Ich nutze sozusagen meine Macht zu eurem Wohl.

Wie lässt sich das mit der Lernmotivation der Schüler vereinbaren?

Ich denke der Appetit kommt mit dem Essen. Viele Schüler aus Familien, in denen zu Hause nicht gelesen wird, wissen gar nicht, welche Freude Lesen machen kann. Folglich muss ich sie zunächst einmal dazu verpflichten, Lesen zu üben, um dann Freude am Erfolg zu haben. Das ist das Wesen der Schulpflicht. Ich muss sagen, damit du erfolgreich lesen lernst, musst du zunächst in meine Klasse kommen und dich meinem Willen unterordnen. Mein Wille heißt, du sollst lesen lernen. Ich kann nicht sagen, eure Freude kommt von sich aus. Das ist ja bei manchen die pädagogische Auffassung.

Aber lernen Kinder nicht leichter, wenn sie den Willen dazu haben?

Natürlich. Aber wie soll denn ein Kind aus einer Familie, die Sozialhilfeempfänger, Alkoholiker oder Migranten sind, die die Sprache gar nicht können, Freude am Lesen haben? Da kann man nur sagen, du gehst in die Schule, so wie es vom Staat verordnet ist.

Wenn es dann so weit ist. Wie schaffe ich es, dass das Kind gerne lernt?

Natürlich, meine pädagogische Kunst besteht darin, den Kindern den Spaß am Lesen beizubringen. Die Montessoripädagogik sagt zum Beispiel: „Ich bereite dir eine so anregende Umgebung, dass du dann von dir aus die Lust am Lesen gewinnst. Aber kommen musst du, dazu zwingt dich.“ Und dann begleite ich das Kind auf seinem Weg. Wobei man sagen muss, das natürlich umso besser funktioniert, je mehr Kinder aus gebildeten Elternhäusern kommen, aus denen sie schon eine Neigung zum Lesen mitbringen. In den europäischen Ländern sind die 20 Prozent der Kinder aus der Unterschicht unser Problem.

Wie löst man dieses Problem?

In Amerika hat man versucht, die Kinder in den Stadtteilen zu mischen, das ist total schiefgegangen. Das heißt, das wird so nicht gehen. Nach meiner Auffassung kann man das nur so machen, indem man sehr früh den Eltern die Kinder entzieht und sie in ganztägige Kindergärten und ganztägige Grundschulen bringt.

Was bedeutet sehr früh?

Mindestens ab dem dritten Lebensjahr – und verpflichtend. Wenn es nicht Pflicht ist, werden weder die Migranten die Kinder schicken, weil sie ja dagegen sind, die wollen ja die deutsche Kultur nicht kennenlernen, noch die Unterschichteltern, da sind viele zu gleichgültig. Und dann müsste ich versuchen, die Defizite zu beseitigen. Die Behörden scheuen die Kosten. Das ist ein großer Vorwurf an die Politik, dass sie der Bildung nicht die oberste Priorität einräumt.

Sie würden die Erziehung also mehr in die Hände der Pädagogen geben?

Ja, und zwar deswegen, weil die einzige Sprache in der es den Begriff Ganztagschule gibt, die deutsche Sprache ist. In allen anderen Ländern, außer Deutschland, Österreich und der Schweiz, ist die Ganztagschule die Regelschule. Es kann doch nicht sein, dass die anderen alle Unsinn machen. Die Frage ist doch eher, ob nicht wir Unsinn machen. Die PISA-Ergebnisse zeigen, dass die Kinder aus der Unterschicht zu wenig Chancen haben, höhere Bildung zu bekommen. Und das können sie nur über die ganztägige, verpflichtende Erziehung lösen.

Soll Lernen Spaß machen?

Ja, unbedingt. Kinder müssen die Erfahrung machen, dass sich anstrengen glücklich macht. Das heißt, jeder ist seines Glückes Schmied, aber das Glück, das ich selbst herstellen kann, folgt immer der Anstrengung. Und dazu muss ich sie zu ihrem Glück zwingen.

Wie reagiert man darauf, wenn das Kind nicht will?

Da muss es durch, damit es sieht dass erst der Erfolg den Spaß macht. Vor dem Gelingen steht die Anstrengung. Und die Anstrengung widerspricht der menschlichen Natur. Von Natur aus sind wir faul, wollen unsere Bedürfnisse befriedigen. Alle Kultur ist an Anstrengung gebunden. Das einzige Glück, das nicht dem Zufall überlassen ist, ist das Glück der Anstrengung. Und das müssen wir unseren Kindern vermitteln, dass Anstrengung glücklich macht. ks

("Die Presse", Print-Ausgabe, 10.01.2011)

http://diepresse.com/home/bildung/schule/lehrerbildung/623871/Bernhard-Bueb_Die-Anstrengung-widerspricht-der-menschlichen-Natur

ÖVP-BILDUNGSKONZEPT

Spindelegger: ÖVP-Bildungskonzept zeigt zukunftsweisende Inhalte - Neue Bildungswege gehen ohne ideologische Scheuklappen

Wien, 07. Jänner 2011 (ÖVP-PD) Außenminister Michael Spindelegger zeigt sich erfreut über das heute vorgelegte Bildungspapier der ÖVP und gratuliert ÖVP-Bundesparteioobmann Josef Pröll und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl zu ihren zukunftsweisenden Inhalten. Wichtig ist insbesondere der Erhalt der Gymnasien, betont der Außenminister. Dieser erfolgreiche Schultyp bleibt weiterhin bestehen. Das ist ein wesentlicher Eckpunkt des Papiers und beendet damit ein für alle mal jegliche Diskussion über dessen Abschaffung. ****

Die ÖVP hat mit ihrem neuen Bildungskonzept einen pragmatischen Weg eingeschlagen jenseits von ideologischen Scheuklappen, erklärt Spindelegger. Dazu zählen etwa die Ausweitung einer reformierten Neuen Mittelschule auf ganz Österreich, die neuen Wege im Bereich der sprachlichen Ausbildung und die gesamthaften pädagogischen Konzepte. Die ÖVP setzt dort an, wo die Grundsteine gelegt werden, nämlich bei der sprachlichen Ausbildung im **Kindergarten** und in der Volksschule, hebt der Außenminister hervor. Dort sollen verstärkt zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden. Spindelegger stellt zudem erfreut fest, dass sich im Konzept die wichtigsten Eckpunkte des ÖAAB-Bildungspapiers wiederfinden.

Rückfragehinweis: ÖVP Bundespartei, Abteilung Presse und Medien
Tel.: (01) 401 26-420; Internet: <http://www.oevp.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/165/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ÖVP-Bildungskonzept I - Pröll: Qualität für die Kinder, Sicherheit für die Eltern, Klarheit für Schulen und Lehrer

Utl.: Neue Mittelschule kommt Gymnasium bleibt =

Wien, 07. Jänner 2011 (ÖVP-PD) "Qualität für die Kinder, Sicherheit für die Eltern, Klarheit für Schulen und Lehrer", skizzierte ÖVP-Bundesparteiobmann Finanzminister Josef Pröll heute in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Wissenschaftsministerin Beatrix Karl und ÖVP-Generalsekretär Fritz Kaltenegger den ÖVP-Bildungsweg für Österreich, der drei Prinzipien folgt: "Fördern und Fordern, Vielfalt statt Zwang, zentral regeln, vor Ort entscheiden. Wir wollen das Beste für jedes Kind nicht das Gleiche für alle." Das ÖVP-Modell ist an drei Eckpfeilern ausgerichtet: **Kindergarten**, Volksschule und eine leistungsdifferenzierte Mittel- und Oberstufe. "Es geht uns auch um ein Signal, dass die Eltern für Erziehung und Ausbildung der Kinder verantwortlich sind. Sie werden von der Schule unterstützt nicht umgekehrt", betonte Pröll die Wichtigkeit einer Bildungsvereinbarung zwischen Schule und Eltern, die Pflichten und Aufgaben klar regelt. ****

"Sprache ist Pflicht und Grundlage für die Kernkompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen. Es braucht Sprachstandsfeststellungen im **Kindergarten** sowie verpflichtende Sprachförderung in der Volksschule für Kinder mit Sprachdefiziten", so Pröll, der hinzufügte: "Statt Aufnahmeprüfungen für die Mittelstufe soll es individuelle Bildungsempfehlungen geben." Auch die Schulautonomie muss gestärkt werden: "Direktoren sollen bei der Lehrerauswahl und der Schwerpunktsetzung an der Schule mitreden können, ebenso bei der Aufnahme von Schülern." Der ÖVP geht es um Eignung, Neigung, Vielfalt und Differenzierung: "Jedes Kind ist das Beste die Frage ist nur, worin. Daher wird auch über Schultypen zu reden sein."

"Unsere Botschaft ist klar: Die Neue Mittelschule kommt das Gymnasium bleibt. Damit nehmen wir das Beste aus unterschiedlichen Schulmodellen." Die Hauptschulen sollen flächendeckend zu Neuen Mittelschulen aufgewertet werden, das Gymnasium mit Unter- und Oberstufe aber erhalten bleiben. Und auch Ganztagschulformen werden nach dem Prinzip der Wahlfreiheit im Hinblick auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf forciert. "Leistung muss sich lohnen und erkennbar sein. Schulnoten müssen als Leistungskriterium erhalten bleiben, Sitzenbleiben durch individuelle Förderung aber nur noch Ultima Ratio sein."

"Wir bringen Bewegung in die Bildungsdebatte. Wir wollen die Neue Mittelschule forcieren, aber erwarten uns dafür ein klares Ja der SPÖ zum Erhalt des Gymnasiums. Reden wir über die Schule von morgen, nicht über Debatten von gestern", so Pröll abschließend.

Rückfragehinweis: ÖVP Bundespartei, Abteilung Presse und Medien
Tel.:(01) 401 26-420; Internet: <http://www.oevp.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/165/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ÖVP-Bildungskonzept II Karl: Neue Mittelschule kommt, Gymnasium bleibt - Wohl des Kindes im Mittelpunkt Schwächen fördern, Stärken fördern Fokus auf Sprachkompetenz ab Kindergarten Ausbau der flächendeckenden Kinderbetreuung "Mittlere Reife" vor Oberstufeneintritt

Wien, 07. Jänner 2011 (ÖVP-PD) "Im Mittelpunkt des ÖVP-Bildungskonzepts stehen das Wohl des Kindes sowie die Wahlfreiheit des Bildungswegs für Eltern und Kinder", betont Wissenschafts- und Forschungsministerin Beatrix Karl im Rahmen der Präsentation des ÖVP-Bildungskonzepts, das einen Ausbau der Neuen Mittelschule und die Beibehaltung des Gymnasiums vorsieht. "Lernschwache fördern und Begabte fördern", ist einer der zentralen Punkte des ÖVP-Konzepts, das den Grundstein für einen modernen und zukunftsorientierten Bildungsweg legt, um jedem Kind entsprechend seiner individuellen Neigungen eine optimale Ausbildung zu ermöglichen. ****

"Die Schule der Zukunft muss Raum bieten für individuelle Differenzierung und Förderung von Neigung, Eignung und Leistung", so Ministerin Karl, die die Leitlinien des ÖVP-Bildungsweges skizziert: Einen wichtigen Schwerpunkt stellt eine Bildungsvereinbarung zwischen Eltern und Schule dar. Denn: "Die Ausbildung kann nicht nur an die Schule delegiert werden. Eltern und Schule müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen."

"Sprache ist ein zentraler Punkt, der sich durch das gesamte Bildungskonzept durchzieht, so die Ministerin weiter. Die Basis wird im **Kindergarten** gelegt. Daher sieht unser Konzept einen Ausbau der bedarfsorientierten, flächendeckenden **Kinderbetreuung** sowie die Vermittlung von Sprach- und Sozialkompetenz bereits im **Kindergarten** vor", betont Beatrix Karl. Mittels Sprachstandsfeststellungen soll die sprachliche Entwicklung jedes Kindes begleitet und entwickelt werden. Sollten Defizite bei der Sprachkompetenz vorhanden sein, sind verpflichtende Programme zur Sprachförderung vorgesehen, denn: "Es muss sichergestellt sein, dass jedes Kind bei Schulantritt Deutsch kann", so die Wissenschaftsministerin. Vor Eintritt in die Volksschule wird es eine Überprüfung der Schulreife geben, um unter anderem festzustellen, ob ausreichend Deutschkenntnisse vorhanden sind, um dem Unterricht folgen zu können. Sollten die Standards nicht erreicht werden, ist vor Volksschuleintritt ein Vorschuljahr zu absolvieren."

"Die PISA-Studie hat uns einmal mehr vor Augen gehalten, dass wir bereits in der Volksschule ansetzen müssen. Der Fokus muss auf dem Erlernen der Grundkulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen liegen. Auch auf dieser Ebene sind Förderungen am Nachmittag vorgesehen, um Defizite aufholen zu können", erklärt Ministerin Beatrix Karl. Der bedarfsorientierte Ausbau der Nachmittagsbetreuung soll sich dabei auch auf musisch-kreative und sportliche Fächer konzentrieren."

Am Ende der dritten Volksschul-Klasse und im Lauf der 4. Volksschul-Klasse baut das ÖVP-Bildungskonzept auf einer Begleitphase als Orientierungshilfe auf. Für den Übertritt in die Mittelstufe wird eine Bildungsempfehlung für jedes Kind verfasst, das auf die individuellen Neigungen, Stärken und Schwächen eingeht, um den bestmöglichen weiteren Bildungsweg einzuschlagen.

Ein zentraler Punkt des ÖVP-Bildungskonzepts ist der flächendeckende Ausbau der Neuen Mittelschule bei Beibehaltung des Gymnasiums, wobei in beiden Formen der Fokus auf die Leistungsdifferenzierung gelegt wird. "Ein Fächerkanon und einheitliche Bildungsstandards werden die volle Durchlässigkeit zwischen diesen beiden Schulformen gewährleisten", erklärt die Wissenschaftsministerin und betont, dass auch auf dieser Ebene auf verpflichtende Förderangebote am Nachmittag bei etwaigen Lernschwächen gesetzt wird. "Die positive Absolvierung der 'mittleren Reife' in den Kernfächern Deutsch, Mathematik, einer lebenden Fremdsprache sowie zwei Schwerpunktfächern ist die Voraussetzung für den Aufstieg in die Oberstufe und muss von allen Schülerinnen und Schülern absolviert werden", betont Ministerin Beatrix Karl.

"Wir haben viele begabte Kinder, doch wir müssen diese Begabungen noch verstärkt entdecken und fördern. Keine Begabung darf verloren gehen, daher haben wir in der Mittelstufe 'Talentechecks' vorgesehen, um auf besondere Talente aufmerksam zu werden", so die Wissenschaftsministerin. Dabei fordert sie aber auch "Mut zur Elite": "Hochbegabte Kinder müssen gefördert werden", betont Ministerin Karl, und verweist auf "High Potential Groups".

Wissenschaftsministerin Karl hält fest: "Noten sind zur Bewertung der Leistung zielführend, daher wollen wir an diesem System festhalten. Doch neben der Leistungsbeurteilung durch Noten soll es in Zukunft auch eine 'verbale Beurteilung' geben, um auf außerordentliche Talente und Begabungen hinweisen zu können, die durch Noten nicht immer zum Ausdruck kommen."

"Das 'Sitzen bleiben' soll zukünftig nur noch die 'ultima ratio' sein", erklärt Wissenschaftsministerin Karl. Durch ein neues Modulsystem und Fördermaßnahmen sollen Lernschwächen früh erkannt und präventiv beseitigt werden, damit das Wiederholen einer Schulstufe nicht mehr nötig ist.

"Wir haben ein umfassendes Bildungskonzept vorgelegt. Nach einer gemeinsamen Ausarbeitung geht die ÖVP jetzt gemeinsam an die Umsetzung", so Wissenschaftsministerin Beatrix Karl abschließend.

Zwtl: Kaltenecker will mit SPÖ den Bildungsweg gemeinsam gehen

"Heute geht es uns darum, ein Signal für gemeinsame Arbeit und Reformschritte zu setzen, die wir bei der Bildung beginnen. Jetzt geht es darum, sich nicht wegzudrücken, sondern uns Problemen gemeinsam zu stellen und Lösungen zu entwickeln", so ÖVP-Generalsekretär Fritz Kaltenecker zur Vorstellung des ÖVP-Bildungskonzepts, der hinzufügte: "Wir haben gemeinsam die Krise gemeistert und gemeinsam mit dem Koalitionspartner ein zukunftsfähiges Budget entwickelt. Jetzt heißt es auch im Bildungsbereich gemeinsame Wege gehen." Der Fokus muss für Kaltenecker dabei klar auf Leistung, Differenzierung und Einbeziehung der Eltern liegen: "Wir nehmen das Beste aus verschiedenen Schulmodellen. Die Neue Mittelschule kommt, das Gymnasium bleibt."

"Die ÖVP kann das jedoch nicht alleine stemmen. Die zuständige Ministerin heißt Claudia Schmied", stellte Kaltenecker klar, und weiter: "Noch ist vieles aus dem Regierungsprogramm unerledigt, 41 von 49 Punkten sind offen." Kaltenecker verweist auf offene Themen wie Lehrerausbildung, Dienstrecht, Ausbau von Deutschförderkursen sowie Förderung von Sprach- und Lesekompetenz. "Das alles gilt es nun rasch umzusetzen, den Bildungsweg der ÖVP zu beschreiten und diesen Weg gemeinsam zu gehen."

Rückfragehinweis: ÖVP Bundespartei, Abteilung Presse und Medien
Tel.: (01) 401 26-420; Internet: <http://www.oevp.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/165/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Leitl: ÖVP-Bildungskonzept gute Grundlage für Dialog zur Bildungsreform - WKÖ begrüßt Vorschläge zur Einführung der "Mittleren Reife", eines Modulsystems, Sprach-, Früh- und Begabtenförderung

Wien (OTS/PWK008) - Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl begrüßt grundsätzlich das heute präsentierte Bildungspapier als Impuls für eine Diskussion um eine umfassende Schulreform. Leitl: "Die Vorschläge sind eine gute Grundlage für weitere Diskussionen auch auf Basis des entsprechenden Sozialpartnerpapiers 'Chance Bildung'." Für die WKÖ stehen Individualisierung und Potentialorientierung im Vordergrund. Gute Ansätze finden sich hier insbesondere bei den Vorschlägen zur Sprachförderung im **Kindergarten**, sowie der Frühförderung in der Grundschule und den angedachten Talentechecks in der Mittelschule

Leitl beurteilt unter anderem die Einführung der "Mittleren Reife" am Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II als positiv. Aus Sicht der WKÖ muss dabei eine potentialorientierte Entscheidungshilfe hinsichtlich des weiteren Bildungsweges im Vordergrund stehen. Darüber hinaus wird das Konzept eines "Modulsystems" begrüßt - "Sitzenbleiben" nur als "Ultima Ratio". "Damit wurden Kernpunkte aus der WKÖ-Strategie zur Bildung in das Bildungskonzept aufgenommen", so Leitl. Die Idee einer mittleren Reife, die nach Vorstellung der WKÖ kompetenzorientiert, standardisiert und zentral durchgeführt werden sollte, ist ein

wichtiger Schritt zu einer höheren Verbindlichkeit von Bildungszielen: und zwar für Lehrer und Schüler.

Positiv ist demnach auch, dass die zeitweilig angedachte Zehnprozentbeschränkung bei der neuen Mittelschule ebenso wie Aufnahmeprüfungen für die Gymnasien keine Berücksichtigung fanden, sondern "die Deckelung für die neue Mittelschule gefallen ist und Ganztagschulformen nach Prinzip der Wahlfreiheit forciert werden sollen", betont Leitl. Auf der im Papier angekündigten Einführung der Mittleren Reife müsse das künftige Ausbildungssystem aufgebaut werden. Ein Wechsel zwischen den drei Systemen - AHS, BHS sowie duales System mit Lehre und Berufsschule - müsse in Zukunft möglich sein.

Leitl begrüßt auch die Ankündigung von Ministerin Beatrix Karl, Förderung von Neigungen durch Individualisierung, Talentechecks in der Mittelstufe für die rechtzeitige Förderung von Begabungen sowie eine Hochbegabtenförderung einführen zu wollen. Leitl: "Begabte zu fordern und schwächere Schüler zu fördern, ist das Credo für ein erfolgreiches Bildungssystem." In diesem Zusammenhang sei auch die für Volksschulkinder mit sprachlichen Defiziten geforderte verpflichtende Sprachförderung der richtige Weg. Der von Karl angesprochene Ausbau der Schulautonomie in dem Sinne, dass sich Direktoren künftig ihre Lehrer selbst aussuchen sollen, sowie ein einheitliches Lehrerdienstrecht und die Qualitätssicherung durch Bildungsstandards und deren externe Überprüfung, sind für die Entwicklung des Bildungsstandort Österreich wegweisende Punkte. Entscheidend sei, dass es gelingt, die Schulverwaltung so zu gestalten, dass im Sinne einer modernen Bildungsgovernance leistungsförderliche Rahmenbedingungen für Lehrer und Schüler geschaffen werden.

Die Wirtschaft ist bereit, sich auch weiterhin aktiv in die Diskussion einzubringen und an der Ausgestaltung der Konzepte mitzuarbeiten. Ziel muss sein, dass es zu einem Schulerschluss aller sach- und reformorientierten Kräfte kommt. Für den Wirtschaftsstandort Österreich sei es ganz entscheidend, das Potential und die Talente aller in Österreich lebenden jungen Menschen bestmöglich zur Entfaltung zu bringen. Wichtig sei in weiterer Folge die Einpassung der gemachten Vorschläge zur Schulreform in ein bildungspolitisches Gesamtkonzept. Nur bei einer ganzheitlichen Betrachtung von frühkindlicher Erziehung, Schule, Berufsbildung, Hochschulbildung und Weiterbildung kann es gelingen, in sich konsistente Politik zu betreiben. "Bildungspolitik ist daher auch Standortpolitik. Das vorliegende Papier stellt eine gute Grundlage für den weiteren Diskussionsprozess für eine umfassende Bildungsreform in Österreich dar", so Leitl abschließend. (BS)

Rückfragehinweis:

Wirtschaftskammer Österreich, Abteilung für Bildungspolitik

Dr. Michael Landertshammer

Tel.: (+43) 0590 900-3573, F:(+43) 0590 900-261

<mailto:bp@wko.at>

<http://wko.at/Bildung>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/240/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Fekter: ÖVP-Bildungskonzept setzt mit Deutsch-Förderung essentiellen Schritt für erfolgreiche Integration

Utl.: Deutsch ist Schlüssel für erfolgreiche Integration =

Wien, 07. Jänner 2011 (ÖVP-PD) "Das ÖVP-Bildungskonzept legt nicht nur den Grundstein für eine moderne Bildungspolitik, sondern setzt mit dem Schwerpunkt auf die Sprachförderung auch einen wichtigen Schritt für erfolgreiche Integration", betont Innenministerin Maria Fekter anlässlich der Präsentation des neuen ÖVP-Bildungswegs. ****

"Integration beginnt schon in den Kinderschuhen und die Sprache ist der Schlüssel für erfolgreiche Integration. Es ist daher wichtig, so früh wie möglich mit der sprachlichen Förderung zu beginnen, um gleichzeitig den Weg für eine gelungene Integration ab dem Kindesalter zu ebnen, denn: 'Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.' Die ÖVP ist sich dieser Tatsache bewusst und die nötige Maßnahme zur Umsetzung dieser Integrationsförderung findet sich nun im neuen Bildungskonzept. Der ÖVP-Bildungsweg setzt bereits im **Kindergarten** mit der sprachlichen Frühförderung an und gewährleistet damit nicht nur, dass jedes Kind bei Schulantritt Deutsch sprechen kann, sondern auch, dass jedes Kind über die nötige Sprachkompetenz verfügt, die für eine erfolgreiche Integration essentiell ist", betont Innenministerin Maria Fekter abschließend.

Rückfragehinweis: ÖVP Bundespartei, Abteilung Presse und Medien
Tel.:(01) 401 26-420; Internet: <http://www.oevp.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/165/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Karl: Gymnasium und Neue Mittelschule sind gleichwertig

DiePresse.com - 07.01.2011

Wir brauchen endlich eine breite Allianz für Bildung. Ich gehe davon aus, dass auch Unterrichtsministerin Claudia Schmied einiges in unserem Konzept findet, ...

[Die ÖVP entdeckt den Arbeitseifer](#) Wiener Zeitung

[ÖVP: Neue Mittelschule österreichweit](#) ORF.at

[Wiener Zeitung - APA OTS \(Pressemitteilung\)](#) - [Wiener Zeitung](#) - [DiePresse.com](#)

[Alle 125 Artikel »](#)

DER STANDARD-Kommentar "Ein Trippelschritt, kein Fortschritt" von Alexandra Förderl-Schmid - Die VP bewegt sich, zwingt aber weiter Zehnjährigen Bildungsentscheidungen auf - Ausgabe vom 8./9.1.2011.

Wien (OTS) - VP-Chef Josef Pröll wollte das Gesetz des Handelns an sich reißen und noch vor dem Start des Bildungsvolksbegehrens am Montag das neue Bildungskonzept seiner Partei vorstellen. Neu ist daran nur wenig, auch wenn die Neue Mittelschule nun flächendeckend in Österreich eingeführt werden soll. Damit reagiert die Bundespartei vor allem auf den Wunsch VP-regierter Bundesländer. Denn die Vorarlberger haben sich rasch die meisten dieser bisherigen Schulversuche (und damit Extraförderungen) gesichert, sodass die Zehn-Prozent-Grenze - auf Wunsch der ÖVP bundesweit eingezogen - rasch erreicht war. Oberösterreich hat daraufhin ein eigenes Modell mit "OÖ Schule innovativ" entworfen.

Die entscheidende Frage, wie die Mehrkosten für das vom Parteichef Pröll vorgestellte Projekt finanziert werden sollen, hat der Finanzminister Pröll am Freitag nicht beantwortet. Es ist nicht einmal klar, woher das Geld zur Aufwertung der Hauptschulen kommen soll. Die Angaben für die Mehrkosten schwanken zwischen 130 Millionen (Pröll) und 230 Millionen (Ministerin Claudia Schmied). Für eine Niveauverbesserung muss Geld in die Hand genommen werden, sonst ist es ein reiner Etikettenschwindel.

Das eine fordern, das andere tun - diesen Weg hat die Bundesregierung schon bei der Sprachförderung beschritten. Die ÖVP legt nun Wert auf mehr Sprachförderung im **Kindergarten**. Wunderbar, nur warum hat die Regierung im Dezember bekanntgegeben, dass jährlich fünf Millionen Euro für die sprachliche Frühförderung in Kindergärten gestrichen werden? Das passt nicht zusammen.

Mit der Festlegung "Mittelschule kommt, Gymnasium bleibt" hat Pröll die Grundsatzentscheidung getroffen, dass strukturelle Mängel der aus dem 19. Jahrhundert stammenden zweigliedrigen Schulorganisation nicht beseitigt werden sollen. Indem er die Erhaltung der AHS postuliert hat und dies damit begründet, "der Einheitsbrei führt zur Nivellierung nach unten", widerspricht Pröll allen Experten und internationalen Studien, die die Bildungsentscheidung mit zehn Jahren für zu früh halten. Mit einer "Bildungsempfehlung", die die Lehrerinnen und Lehrer nach ÖVP-Vorstellung am Ende der Volksschule abgeben sollen, in welchem Schultyp ein Schüler am besten aufgehoben ist, wird eine weitere Hürde eingebaut.

Das finnische Schulsystem, das in den 60ern noch so ähnlich aussah wie das österreichische jetzt, wurde bereits ab den 70ern zu einer Gesamtschule umgebaut. In den vergangenen Jahrzehnten wurde kräftig in die Bildung investiert. Heute ist Finnland Pisa-Sieger. Zwar fahren ÖVP-Politiker wie Michael Spindelegger in seiner Eigenschaft als ÖAAB-Obmann nach Finnland, um das dortige System zu studieren. Und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl hat im Vorjahr kurz ein "Gymnasium für alle" propagiert. Sie wurden aber mit der "Einheitsschule"-Keule niedergeschlagen und auf Linie gebracht. Nicht zurückgenommen hat Pröll auch seine bisherige Position, dass die Diensthoheit über die Lehrer an die Bundesländer übertragen werden soll. Josef Pröll hatte sich Mitte November hinter diese Forderung seines Onkels Erwin, des niederösterreichischen Landeshauptmannes, gestellt.

Das neue VP-Bildungskonzept ist nur ein Trippelschritt, Fortschritt wird nur simuliert: Änderungen kommen nur auf Druck der Bundesländer.

Rückfragehinweis:

Der Standard, Tel.: (01) 531 70/445

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/449/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

ÖVP-Konzept: Was auf die Schulen zukommt

von Bernadette Bayrhammer, Julia Neuhauser und Rosa Schmidt-Vierthaler (Die Presse)

Stärkerer Druck auf Volksschullehrer, mehr Nachmittagsunterricht und größerer Lehrerberarf. Auf Schüler, Lehrer und Eltern kämen große Veränderungen zu, sollte das Konzept umgesetzt werden.

Wien. Für einen Knalleffekt sorgte die ÖVP mit der Präsentation ihres neuen Bildungskonzeptes nicht. Die Reform sei zu wenig weitgehend, so der Vorwurf des Koalitionspartners. Auf Schüler, Lehrer und Eltern kämen trotzdem große Veränderungen zu, sollte das Konzept umgesetzt werden. Die wichtigsten im Überblick:

1 Erhöhter Lehrerberarf durch die Neue Mittelschule

Mehr als 850 Hauptschulen müssten bei einer Umsetzung des ÖVP-Konzepts in Neue Mittelschulen umgewandelt werden. Eine Umstellung, die vor allem mit einem wesentlichen Mehrbedarf an Lehrern einhergeht. Denn: In den Neuen Mittelschulen stehen in den Hauptfächern (Deutsch, Mathematik, Englisch) zwei Pädagogen in der Klasse. Das könnte zum Problem werden, denn schon jetzt kämpfen Bundesländer wie Vorarlberg und Wien mit einem akuten Lehrermangel.

Wie viele Pädagogen zusätzlich benötigt würden, steht noch nicht fest. Die Erfahrung zeigt, dass die Zahl beträchtlich wäre: An der Neuen Mittelschule Schrems etwa wurden durch die Umstellung von lediglich fünf Klassen sechs Lehrkräfte mehr benötigt. Abgefedert werden könnte der Mehrbedarf, indem Lehrer von Verwaltungstätigkeiten entlastet würden und so mehr Zeit für den direkten Kontakt mit den Schülern hätten.

2 Vorschule: Konzepte für Migrantbetreuung fehlen

Im Rahmen der Vorschule sollen Kinder künftig Sprachdefizite aufholen, damit sie beim Einstieg in die erste Klasse Volksschule ausreichend Deutsch können. Das erfordert deutlich mehr Personal und Ressourcen, die die Schulen nicht haben. Wer in den Vorschulen unterrichten soll, ist offen. Die Suche nach ausreichend Lehrern mit der Ausbildung „Deutsch als Fremdsprache“ dürfte schwierig werden. Für viele österreichische Eltern dürfte die Vorschule zudem an Attraktivität verlieren. Für die betroffenen Migranten würde die Maßnahme einerseits Hilfe beim Schuleinstieg bedeuten – andererseits würden sie aber auch ein Jahr verlieren. Das könnte den Trend nach unten noch verstärken: Migranten gehören in Österreich ohnehin zu den Bildungsverlierern. „Man kann Sprach- oder Entwicklungsdefizite nicht einfach reparieren“, sagt Bildungswissenschaftler Stefan Hopmann. Diese Kinder hätten die Defizite die ganze Schullaufbahn hindurch und bräuchten dauerhafte Begleitung.

3 Mehr Druck auf Volksschullehrer beim Schulübertritt

Schon in der Volksschule sollen Lehrer feststellen, für welchen Schultyp ein Kind geeignet ist und eine „individuelle Bildungsempfehlung“ abgeben, die über „Kompetenzen und Talente“ der Kinder Auskunft gibt. Daran sollen sich Direktoren weiterführender Schulen orientieren können, wenn es darum geht, welche Schüler aufgenommen werden. Talentierte Kinder aus bildungsfernen Schichten könnten von einer expliziten Empfehlung für die AHS profitieren.

Nicht jeder Lehrer dürfte aber über die neue Aufgabe glücklich sein: Tatsächlich intervenieren schon heute viele Eltern, wenn es in der vierten Klasse darum geht, jene Noten zu bekommen, die das Kind für den Übertritt in die Wunsch-AHS braucht. Eine „Bildungsempfehlung“ für einen bestimmten Schultyp könnte dazu führen, dass der Druck auf die Lehrer noch weiter steigt.

4 Verlagerung von Unterricht auf den Nachmittag

Wird das ÖVP-Konzept verwirklicht, werden viele Schüler künftig länger in den Klassen sitzen müssen – und zwar gute wie schlechte. Schon in der Volksschule sollen Kinder mit Deutschmängeln am Nachmittag verpflichtende Förderkurse besuchen. In der Mittelschule sind für Schüler mit Lernschwächen Pflichtförderkurse vorgesehen. Auch die besonders Begabten bekommen Zusatzaufgaben – die „High Potential Groups“ lernen ebenfalls am Nachmittag weiter. Ungeklärt ist, wer den Nachmittagsunterricht übernehmen soll.

5 Mehrkosten durch Einführung einer Mittleren Reife

Nach der achten Schulstufe sollen die Schüler künftig eine Art „Mini-Zentralmatura“ bestehen. Für die Konzipierung der Tests müssten eigene Experten eingesetzt werden. Bei der Zentralmatura, die an den AHS ab 2013/14 Realität wird, werden die Prüfungsaufgaben vom BIFIE erarbeitet und in einer Pilotphase getestet. Eine aufwendige Prozedur, die sich in hohen Kosten niederschlägt. Dennoch: „Zwischenabschlüsse sind wichtig“, so Hopmann. Wer unterwegs die Motivation verliert, sollte am Ende nicht mit leeren Händen dastehen.

6 Schulautonomie: Viele Direktoren mit Managertätigkeit überfordert

Die ÖVP plant eine Stärkung der Schulautonomie. Die Hauptverantwortung soll dann bei den Direktoren liegen. Sie sollen etwa ihre Lehrer selbst aussuchen können. Viele Direktoren wären mit dieser Managertätigkeit wohl überfordert. Schulleiter müssten für derartige Aufgaben jedenfalls besser ausgebildet werden. Auch der administrative Aufwand, der bereits heute beträchtlich ist, würde parallel zur stärkeren Autonomie ansteigen. Dafür bräuhete es mehr Personal, das die Direktoren entlastet.

(„Die Presse“, Print-Ausgabe, 10.01.2011)

http://diepresse.com/home/bildung/schule/lehrerbildung/623865/OeVPKonzept_Was-auf-die-Schulen-zukommt

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN AN DEN PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULEN

PH-Online

AUS-, FORT- UND WEITERBILDUNG FÜR ELEMENTARPÄDAGOGINNEN (OHNE PH'en)

Übersicht

BETRIEBSKINDERGARTEN

Recruiting-Trends: Was Top-Absolventen wirklich wollen. Junge Talente achten bei der Jobwahl inzwischen verstärkt auf gestalterische Freiheit und Unternehmenswerte. Das sollten Firmen beachten, wenn sie um Spezialisten und Top-Talente werben.

Mit viel Geld, schicken Büroräumen oder Familienfreundlichkeit lassen sich begehrte Fach- und Führungskräfte bald nicht mehr locken. "Home Office, Betriebskindergarten oder Sportanlage im Unternehmen sind alles Dinge, die nice to have sind, aber kein Grund für eine Orientierung für neue Talente", sagt Wolf Reiner Kriegler, Geschäftsführer der Deutsche Employer Branding Akademie.



Haben sich seit Jahren nicht geändert: Anforderungen an den idealen Arbeitgeber

Die spannende Frage für talentierte Bewerber lautet heute vielmehr: In welchem Rahmen kann ich mich verwirklichen? Mittelständische Unternehmen liefern darauf oft die passende Antwort. Dennoch starten junge Talente ihre Karriere bevorzugt bei namhaften Unternehmen. "Bekannte Konzerne sind Türöffner für spätere Jobs", sagt Sonja Matthiesen, Unternehmensberaterin für Personal- und Organisationsentwicklung.

Werte werden wichtiger

Große Unternehmen leben von der Strahlkraft ihrer Produktmarken, die Personalwerbung ist allerdings häufig austauschbar. "Im Gegensatz zu Konzernen hat der Mittelstand deutliche Werte, die man auch spürt", sagt Matthiesen. Kai Becker ist beispielsweise Manager Operations bei Mirapodo, einem E-Commerce Startup in Berlin. Das kleine Unternehmen ist zwar an die Otto Group angedockt, agiert jedoch eigenständig. "Für mich spielen

äußere Rahmenbedingungen wie Ausstattung des Büros oder der Kantine keine große Rolle", sagt Diplomvolkswirt Becker. Wichtiger sei ihm eine offene und konstruktive Atmosphäre, in der jeder seine persönlichen Stärken entfalten kann und entsprechend gefördert wird.

Die umworbene Top Talente wollen ihrem Wunschunternehmen vertrauen können, sie brauchen gestalterische Freiheit und eine Perspektive für weitere Karriereschritte. Hier ist der Mittelstand wieder im Vorteil: Die gut ausgebildeten Mitarbeiter agieren nah an der Führungsspitze des Unternehmens, ihre individuelle Leistung ist erkennbarer und der Arbeitnehmer geht nicht als kleines Rädchen im großen Getriebe unter.

Den Geist des Unternehmens präsentieren

Eine gute Work-Life-Balance bieten bald alle Unternehmen ihren Spitzenkräften an, meint Kriegler. Ob Mittelstand oder DAX-Unternehmen, wichtig bei der Rekrutierung von umworbene Bewerber sei es, sich auf seine Kultur zu besinnen und ehrlich nach draußen zu vermitteln, wie das Unternehmen im Inneren tickt. Mittelständische Unternehmen haben einen kulturellen Vorteil: "Die Mittelständler haben mehr Geist, die Unternehmer prägen die Kultur des Unternehmens", sagt Kriegle. Wenn der Chef etwa im Rotary Club mitmisch, sich gesellschaftlich engagiert und in seiner Region politisch interessiert ist, betreibt er auch Employer Branding. Damit gewinnt sein Unternehmen an Profil und zieht genau die Bewerber an, die auch zur Firmenkultur passen.

"Wo man allerdings den Endprodukten oder dem Unternehmer nie begegnet, hört es auf mit der Marke. Für solche Unternehmen ist es schwierig, auf sich aufmerksam zu machen", sagt Matthiesen. Mit einer Zertifizierung, etwa über Great Place to Work oder anderen externen Gutachtern, können unauffällige Mittelständler zumindest mit arbeitnehmerfreundlichen Bedingungen punkten. Für Becker gehört zu einer guten Arbeitnehmerkultur auch der gemeinsame Spaß abseits des Schreibtischs - dass sich die Mitarbeiter etwa zwischenzeitlich am Kickertisch im Flur austoben können. "So etwas motiviert und steigert am Ende unsere Effizienz", sagt Becker.

<http://www.ftd.de/karriere-management/management/:recruiting-trends-was-top-absolventen-wirklich-wollen/50208389.html>

BILDUNGSANSTALTEN FÜR KINDERGARTENPÄDAGOGIK

Übersicht BAKIP's

Übersicht Aus- & Fortbildung an BAKIP's

BILDUNG, BILDUNGSPLANUNG

→ Elementarpädagogische Datenbank

Wirtschaft bestätigt PISA: Vielen 15-Jährigen fehlt es an Bildung

nachrichten.at

„Jugendliche müssen im Alter von 15 Jahren in der Lage sein, eine Lehre ordentlich absolvieren zu können – die notwendige Bildung dafür fehlt vielen aber“, ...

Österreichs Bildungssystem ist unfair

DiePresse.com

Bei der Bildung entscheiden aber noch Geld und Herkunft. Österreich ist sozial gerecht. Aber nicht in allen Bereichen: Vor allem bei der Bildung hat es ...

BILDUNGSPOLITIK

OECD: Bildung auf einen Blick 2009

Bildung auf einen Blick ist die jährlich erscheinende Veröffentlichung der OECD mit international vergleichbaren Daten zum Bildungsbereich.

Die Ausgabe 2009 untersucht die anhaltende Expansion der Bildungssysteme - inzwischen schließen fast doppelt so viele Studierende ein Universitätsstudium ab wie Mitte der 1990er-Jahre.

Inhalt

[ausführliches Inhaltsverzeichnis](#) (pdf, 90kB)

[Zusammenfassung](#) (pdf, 239kB)

[Editorial](#) von Barbara Ischinger, OECD-Direktorin für Bildung (pdf, 69kB)

Kapitel A - Bildungsergebnisse und Bildungserträge

Kapitel B - Die in Bildung investierten Finanz- und Humanressourcen

Kapitel C - Bildungszugang, Bildungsbeteiligung und Bildungszugang

Kapitel D - Das Lernumfeld und die Organisation von Schulen

Ältere Ausgaben

- [Bildung auf einen Blick 2008](#)
- [Bildung auf einen Blick 2007](#)

Links

- www.oecd.org/de/bildung - Themenseite Bildung
- www.oecd.org/de/pisa - PISA Portal

Ausgaben und Bezugsquellen

➔ http://www.oecd.org/document/33/0,3343,en_21571361_37705603_45927201_1_1_1_1,00.html

BM:UKK / BM.W_F

BM:UKK-Homepage

BMWf Homepage

PädagogInnen-Ausbildung NEU**Auftrag**

Wie im Regierungsübereinkommen festgehalten, soll ein Konzept für eine, der Bologna-Struktur entsprechende, durchlässige und zwischen Universitäten und Pädagogischen Hochschulen abgestimmte Neuorganisation der verschiedenen Lehramtsstudien mit Aufnahmeverfahren auf tertiärem Niveau entwickelt werden.

Berichte der ExpertInnengruppe

Die ExpertInnengruppe unter der Leitung von Peter Härtel hat ihren detaillierten [Endbericht \(pdf, 516 KB\)](#) zu den im Dezember 2009 präsentierten [Empfehlungen \(pdf, 192 KB\)](#) über Vorschläge für eine Neugestaltung der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller pädagogischen Berufe vorgelegt.

Seit Veröffentlichung des [Endberichts \(pdf, 516 KB\)](#) der ExpertInnengruppe im März 2010 wurden in einem breiten begleitenden Kommunikationsprozess unterschiedlichen Stakeholdern und Interessensgruppen Gelegenheit zu vertiefenden Diskussions- und Informationsgesprächen gegeben.

Stellungnahmen

Zum Endbericht der ExpertInnengruppe "LehrerInnenbildung NEU - die Zukunft der pädagogischen Berufe" sind zahlreiche [Stellungnahmen](#) eingegangen.

Weitere Expertisen

Zu den Themenfeldern „Ausbildungsmodell und Einsatz in pädagogischen Berufsfeldern“, „Gestaltung der Induktionsphase“ sowie „Organisationsmodell und Organisationsentwicklung der beteiligten Institutionen“ wurden von Bildungsministerin Claudia Schmied und Wissenschaftsministerin Beatrix Karl [weitere Expertisen \(pdf, 176 KB\)](#) eingeholt.

Ergebnisse der Stakeholderkonferenzen

Im Herbst 2010 wurden vier [Stakeholderkonferenzen](#) (in Linz, Wien, Graz und Innsbruck) vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur und vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gemeinsam veranstaltet.

Kontakt - Geschäftsstelle[Mag. Elisabeth Frank](#)[Mag. Ursula Zahalka](#)[Mag. Patrizia Lenitz-Zeitler](#)

**BUNDESLÄNDERMELDUNGEN,
BUNDESVERFASSUNGSREFORM**

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

Städtebund: Strukturreformen dürfen kein Tabu sein

Wien (OTS) - Als "unverständliche Fehlinterpretation" bezeichnete Thomas Weninger, Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, die Aussagen von Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer, die Zusammenlegung von Gemeinden würde Mehrkosten bringen. "Es ist absurd zu behaupten, kleinere Gemeinden wären per se kosteneffizienter", so Weninger. "Wer weniger anbietet, hat weniger Kosten - wenn ich neben dem Gemeindeamt nur einen Bauhof betreibe, so sind die Personalkosten pro Kopf naturgemäß geringer, als wenn ich Kindergärten, Sozialämter, Bibliotheken, Sportplätze, Theater, sozialen Wohnbau und ein dichtes öffentliches Verkehrsnetz anbiete", so Weninger. "Daraus zu schließen, kleine Gemeinden seien effizienter, hieße Äpfel mit Birnen vergleichen", so Weninger. So seien auch die Qualitätsanforderungen völlig unterschiedlich: während kleinere Gemeinden oft nur halbtags Kinderbetreuung anbieten, hätten größere Städte und Gemeinden Ganztagsplätze und Kleinkindgruppen, die naturgemäß wesentlich personalintensiver seien.

Der Städtebund tritt dafür ein, auch Einsparungspotential bei den Städten und Gemeinden selbst zu suchen. Dazu gehört auch die Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten, wie es in einzelnen Regionen selbstverständlich schon vorgelebt wird. Das Motto: fünf Gemeinden, eine Verwaltung. Zumal der Zuzug in Städte und größere Gemeinden anhält und schon aufgrund der demographischen Veränderungen einige Regionen Infrastruktur rückbauen müssen. "Viele Gemeinden entscheiden sich bereits bewusst für Kooperationen, weil sie für weniger Geld bessere Leistungen anbieten können, das ist vernünftig und führt weg vom Denken, das nicht über den eigenen Tellerrand hinausreicht", so Weninger.

Dennoch - die wirklichen Kostentreiber für Städte und Gemeinden sind die Ausgaben für Pflege, Soziales und Gesundheit, die in den letzten Jahren um rund 30 Prozent angestiegen sind und weiter steigen werden. Hier fordert der Österreichische Städtebund "dringende

Strukturreformen" ein.

Zwtl.: Informationen über den Österreichischen Städtebund

Etwa 65 Prozent der Bevölkerung und 71 Prozent der Arbeitsplätze befinden sich in Österreichs Ballungsräumen. Der Österreichische Städtebund ist die kommunale Interessenvertretung von insgesamt 246 Städten und größeren Gemeinden.

Der Verein wurde am 24. September 1915 gegründet und hat heute neben Wien und den Landeshauptstädten praktisch alle Gemeinden mit über 10.000 EinwohnerInnen als Mitglied. Die kleinste Mitgliedsgemeinde zählt knapp 1.000 EinwohnerInnen.

Die Mitgliedschaft ist freiwillig. Neben dem Österreichischen Gemeindebund, der die kleineren Gemeinden vertritt, ist der Österreichische Städtebund Gesprächspartner für die Regierung auf Bundes- und Landesebene und ist in der österreichischen Bundesverfassung (Art. 115 Abs. 3) ausdrücklich erwähnt.

Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz:
www.wien.gv.at/rk/
 Mag.a Saskia Sautner
 Mediensprecherin
 Österreichischer Städtebund
 Telefon: 01 4000-89990
 Mobil: 0676 8118 89990
 E-Mail: saskia.sautner@staedtebund.gv.at
www.staedtebund.gv.at

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Pflege, Bildung, Spitäler: Die Baustellen der Länder

DiePresse.com

Bildung: Die Reform des Bildungssystems kam im niederösterreichischen Vorsitz-Halbjahr nicht aus den Startlöchern. Hier prallen personalpolitische ...

Wallner zu Pühringer: ÖVP steckt bei Zukunftsfragen in Sackgasse fest

Utl.: Grüne: ÖVP soll Weg freimachen für echte Bildungsreform statt weiter zu bremsen =

Wien (OTS) - "Wenn Landeshauptmann J. Pühringer jetzt davon spricht, den Reformstillstand beenden zu wollen ist das völlig unglauwbürlich. Er muss dazu zuerst den Reformstau zwischen dem kleinen und dem großen Pröll auflösen, der jetzt monatelang öffentlich ausgetragen wurde", kritisiert der Grüne Bundesgeschäftsführer Stefan Wallner die heutigen Aussagen von LH Pühringer in der Ö1-Radioreihe "Im Journal zu Gast". "Es ist schauderhaft, wie die ÖVP in den letzten Wochen ihre internen Probleme öffentlich abarbeitet. Gerade die gestern präsentierten Vorschläge von VK Pröll und BM Karl zur Bildung und der befremdlich-schräge Auftritt des Vizekanzlers dazu in der ZIB 2 zeigen, dass die ÖVP bei wesentlichen Zukunftsfragen völlig in der Sackgasse feststeckt", kritisiert Wallner. "Das so genannte ÖVP-Bildungsprogramm ist eine Bildungsbremse, es schafft neue Hürden und soziale Auslese statt endlich den Weg für eine gemeinsame Schule der zehn- bis 14-Jährigen freizumachen, die alle außer der ÖVP und der rückwärtsgewandten FPÖ als einzig vernünftige Zukunftsperspektive zur Rettung des österreichischen Bildungssystems sehen", so Wallner. "Es müssen sich daher jetzt die reformwilligen und vernünftigen Kräfte - auch aus dem ÖVP-Umfeld - bündeln und der von Josef Pröll mitgetragenen organisierten Provinzialität einzelner schwarzer Landeshauptleute klare Reformen bei Österreichs großen Herausforderungen entgegensetzen. Dazu zählen die Bildung, vom Kindergarten über die Schulen bis zu den kaputt gesparten Universitäten ebenso wie die Verkehrs- und Klimaschutz-Politik, bei der Josef Pühringer heute einmal mehr bewiesen hat, dass der Weg der ÖVP in die Vergangenheit und nicht in die Zukunft führt. Wenn Pühringer das millionenteure und sinnlose Autobahnprojekt "Westring" als wichtig für die Lebensinteressen der Menschen beschreibt und gleichzeitig tatenlos zusieht, wie die direkte Bahnverbindung zwischen den zweitgrößten österreichischen Städten Linz und Graz stillgelegt wird ist das der Beleg dafür, dass die ÖVP auf dem falschen Dampfer unterwegs ist", bemängelt Wallner. Die Grünen werden in den nächsten Wochen eine Reform-Agenda für die großen Zukunftsfragen Österreichs vorlegen und in Folge auf allen Ebenen gemeinsam mit Verbündeten für deren Umsetzung kämpfen" kündigt Wallner an.

Rückfragehinweis:
 Die Grünen
 Tel.: +43-1 40110-6697
<mailto:presse@gruene.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/100/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

IV-Generalsekretär Beyrer: "Ein Drittel der Bezirke und Gemeinden einsparen"

DiePresse.com

Wobei die **Verwaltungsreform** ein ständiger, mühsamer Prozess ist. Da werden wir nicht auf Knopfdruck fünf Milliarden Euro lukrieren.

"Einzelne Minister brauchen elendslang"

derStandard.at

"Das Tempo der Umsetzung ist äußerst langsam": Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka soll die **Verwaltungsreform** vorantreiben - und steht in manchem Bereich ...

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen: keine

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noe.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen: keine

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen: keine

STEIERMARKE



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen: keine

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen:

Zukunft der Tiroler Tagesmütter gesichert

ORF.at - 03.01.2011

Laut einer Aussendung von Familienlandesrätin Patrizia Zoller-Frischauf (ÖVP) ist jetzt die Zukunft der Tiroler Tagesmütter aufgrund eines neuen ...

[Tagesmütter: Neues Finanzierungsmodell](#) Dolomitenstadt.at

[Zukunft der Tiroler Tagesmütter gesichert](#) Österreich Journal

[Alle 5 Artikel »](#)

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen: keine

WIENWien: www.wien.gv.at**Meldungen:****Wien: Start für Kindergarten-Anmeldung - Fixer Anmeldezeitraum im Jänner und Februar**

Wien (OTS) - Wer für den Herbst 2011 einen städtischen Betreuungsplatz für seinen Nachwuchs benötigt, sollte sich am besten gleich zu Jahresbeginn anmelden. "Zur besseren Planung der freien Plätze ist von Jänner bis Februar wieder Anmeldezeit für Krippen, Kindergärten und Horte der Stadt Wien", betont Bildungsstadtrat Christian Oxonitsch. Die Anmeldung kann von den Eltern per Fax, Internet oder auch persönlich in einer Servicestelle vorgenommen werden. Wichtig ist, bei der Anmeldung die Sozialversicherungsnummer des Kindes und, wenn bereits vorhanden, die jeweilige Kundennummer anzugeben.

Alle Informationen und Formulare für die Anmeldung sind auch online unter www.kindergaerten.wien.at abrufbar: Damit können Eltern ihr Kind rasch und bequem auch direkt von zu Hause für einen städtischen Kindergartenplatz anmelden. Grundsätzlich können zwei bevorzugte Kindergärten angegeben werden. Bis spätestens Mai werden die Eltern darüber verständigt, ob und wo ein Betreuungsplatz ab Herbst 2011 zur Verfügung steht. Die Platzvergabe erfolgt unter Berücksichtigung sozialer Aspekte, Berufstätigkeit der Eltern und Alter des Kindes. Zusätzlich zu diesem Angebot können sich Eltern online im elektronischen Stadtplan über alle städtischen und privaten Kindergärten in ihrer Umgebung informieren: www.wien.gv.at/stadtplan/ (Button Bildung - **Kindergarten**)

Wer kurzfristig einen Platz benötigt, kann sich jederzeit auch während des Jahres an die Servicestelle wenden. Das Angebot freier Betreuungsplätze ist dann jedoch eingeschränkt. Eltern die ihr Kind für einen privaten Kinderbetreuungsplatz anmelden möchten, informieren sich am besten direkt im jeweiligen **Kindergarten** über die Modalitäten.

Zwtl.: Infotelefon: 277 55 55

Die Servicenummer 277 55 55 ist von 7.30 bis 18.00 Uhr in Betrieb. Eltern erfahren dort die Adressen der Servicestellen und können kostenloses Informationsmaterial anfordern.

Insgesamt stehen für Wiener Kinder über 84.000 Kinderbetreuungsplätze in städtischen und privaten Einrichtungen zur Verfügung. Die Stadt Wien stellt in ihren Krippen, Kindergärten und Horten etwa die Hälfte aller benötigten Plätze.

Zwtl.: **Kindergarten** als erste Bildungsinstitution

Der **Kindergarten** ist die erste Bildungsinstitution und auch für die weitere Schullaufbahn von Bedeutung: Hochqualifizierte PädagogInnen begleiten die Kinder bis zum Schuleintritt. Sie fördern und unterstützen mit gezielten, individuellen Angeboten. Viele Basiskompetenzen, wie die Handmotorik, welche später für das Schreiben gebraucht wird, werden im **Kindergarten** angebahnt. Auch der frühe Umgang mit (Bilder)büchern erleichtert in der Schule das Erlernen des Lesens.

Weitere Informationen: www.kindergaerten.wien.at

Rückfragehinweis:

Mag.a Michaela Zlamal
Mediensprecherin Stadtrat Christian Oxonitsch
Tel.: +43 1 4000-81930
<mailto:michaela.zlamal@wien.gv.at>
<http://www.oxonitsch.at/>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/174/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

VP-Marek: ÖVP-Bildungskonzept ist wichtiger Schritt für die Zukunft. Fokus in Wien muss jetzt besonders auch auf ganztägige Schulformen und Kindergärten gerichtet sein.

Wien (OTS) - Erfreut zeigte sich die Landesparteiobfrau der ÖVP Wien, Christine Marek angesichts der heutigen Präsentation des ÖVP-Bildungskonzepts.

"Die Eckpfeiler für ein Bildungssystem der Zukunft wurden hiermit eingeschlagen. Die wichtigen Aspekte der Leistungsorientierung und -differenzierung werden durch dieses Konzept gewährleistet. Eine Nivellierung nach unten, so wie es anscheinend die SPÖ anstrebt, kann dadurch verhindert werden."

Was das Bildungssystem in Wien betrifft, so Marek weiter, müsse nun der Fokus vermehrt auf die ganztägigen Schulformen - in unterschiedlichen Varianten - gelegt werden um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die besondere Förderung der Kinder weiter vorantreiben zu können.

Auch das Problem der fehlenden Kindergartenplätze müsse im heurigen Jahr seitens der rot-grünen Stadtregierung endlich angegangen werden. Den Gratiskindergarten von einem Tag auf den anderen einzuführen, sich jedoch über die Machbarkeit dessen keine Gedanken zu machen, zeuge nicht gerade von bildungspolitischer Kompetenz, so Marek.

Die SPÖ müsse nun endlich ihre ideologischen Scheuklappen ablegen. Bei jeder Gelegenheit, den alten sozialistischen Dogmen verhaftet, nach der Gesamtschule als Allheilmittel zu schreien und unreflektiert die Vorschläge des politischen Mitbewerbers abzublocken, offenbare ein Politikverständnis des letzten Jahrhunderts, so Marek abschließend.

Rückfragehinweis:

ÖVP Wien - Pressestelle
Tel.: (01) 515 43 - 940, Fax:(01) 515 43 - 929
<mailto:presse@oevp-wien.at>
<http://www.oevp-wien.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/251/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

SP-Vettermann: Marek soll ihre Hausaufgaben machen!

Utl.: Wien bei **Kinderbetreuung** österreichweit vorbildlich =

Wien (OTS/SPW) - "Wien hat gerade im Bereich der Kindergärten eine Reihe wichtiger Maßnahmen gesetzt!", kommentierte SPÖ Wien-Bildungssprecher, Gemeinderat Heinz Vettermann entsprechende Äußerungen der Wiener ÖVP-Obfrau Christine Marek im "Kurier". "So ist im Herbst vergangenen Jahres das verpflichtende Kindergartenjahr für 5- 6jährige gestartet und selbstverständlich verfügt jedes dieser Kinder über einen Kindergartenplatz. Darüber hinaus setzt Wien vor allem auf ein breites, vielfältiges Angebot im städtischen und privaten Bereich. Tatsache ist: Alle berufstätigen Eltern, die einen Betreuungsplatz brauchen, bekommen diesen!", unterstrich Vettermann.****

2010 seien von der Stadt zusätzlich zur Bundesförderung über 10 Millionen Euro in den Kindergartenbau investiert worden, so Vettermann weiter. Der Ausbau der Plätze laufe auf Hochtouren: "Alleine im vergangenen Jahres sind 6.500 neue Kindergartenplätze geschaffen worden. Bis Ende 2011 wird Wien als einziges Bundesland das Barcelona-Ziel - einen Versorgungsgrad von 33 Prozent - erreichen. Insgesamt hat Wien schon heute mehr als die Hälfte aller Krippenplätze in ganz Österreich. 85 Prozent aller in Wien betreuten Kinder befinden sich in Einrichtungen, deren Öffnungszeiten eine Vollzeitbeschäftigung der Eltern zulassen. In Niederösterreich sind das nur 14,8 Prozent, in Vorarlberg nur zehn Prozent."

Anstatt in bester ÖVP Wien-Manier alles schlecht zu reden, sollte Marek ihre Hausaufgaben machen und sich bei ihrem Parteikollegen Minister Mitterlehner für die Fortsetzung der Bundes-Mittel für den Kindergartenbau einsetzen: "Eine Evaluierung, wie sie Mitterlehner vorhat, schafft nämlich keinen einzigen Kindergartenplatz!", unterstrich Vettermann abschließend und fügte hinzu: "Wien befindet sich in Sachen **Kinderbetreuung** weiter auf dem besten Weg und ist österreichweit Vorbild!" (Schluss) tr

Rückfragehinweis:

Presseamt der SPÖ Wien
Tel.: +43 1 534 27/222
<mailto:wien.presse@spoe.at>
<http://www.wien.spoe.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/197/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

FAMILIENPOLITIK

Projektförderungen

Förderungen von familienpolitisch relevanten Projekten

Das BMWFJ kann bei der Umsetzung familienpolitischer Ziele auf ein breit gefächertes Instrumentarium zurückgreifen. Dazu zählt u. a. die Unterstützung von Vorhaben, die familienpolitisch relevant sind, österreichweite Bedeutung haben bzw. innovative Pilotprojekte sind.

Förderschwerpunkte 2011

Im Jahr 2011 ist vorgesehen bevorzugt jene Projekte zu fördern, welche die Ziele der [Förderschwerpunkte](#) erfüllen.

Sonderrichtlinie zum Thema "Familienkultur"

Einen Sonderfall der Förderung familienpolitisch relevanter Projekte stellt die Sonderrichtlinie "[Familienkultur](#)" dar.

Abrechnung der Förderung

Den Abschluss der Förderung bildet die [Abrechnung](#) hinsichtlich der zweckentsprechenden Verwendung der Fördermittel.

Kontakt

Elisabeth Habringer: post@II4.bmwfj.gv.at

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

→ [Siehe auch: Morgenjournal \(Samstag, 08. Jänner 2011, 07:00\)](#)

GENDER

Culture Clash

DiePresse.com

Das versuche sie durch verschiedene Programme der Gender-Ideologie, die davon ausgehe, dass niemand als Mann oder Frau geboren werde, sondern sich sein ...

[Vatikan: UNESCO will Menschen schwul und lesbisch machen](#) Unzensuriert.at

[Bischof wirft der UNESCO vor, Menschen schwul machen zu wollen](#) ShortNews.de

[Alle 4 Artikel »](#)

Gleichbehandlung im Gesetzestext: Psychologische Wirkung ist wichtig

DiePresse.com - Vor 1 Stunde

„Wenn die Legistik sich aller Redundanzen bedient, wenn die Rechtsetzungstechnik versagt und wenn die Intention des Gender-Mainstreaming-Konzepts darin ...

INKLUSION

EU-Antidiskriminierungsrichtlinie endlich verabschieden.

Frankfurt am Main (kobinet) Die Nachricht der Woche, dass die Europäische Union mit der UN-Behindertenrechtskonvention erstmals einen internationalen Menschenrechtsvertrag ratifiziert hat, wirft bei kobinet-Redakteur Harald Reutershahn in seinem Kommentar die Frage auf, wann denn nun endlich die seit langem geplante und längst überfällige EU-Antidiskriminierungsrichtlinie verabschiedet wird.

Kommentar von kobinet-Redakteur Harald Reutershahn

Es hat zwar etwas gedauert, aber spätestens seit die Europäische Union nun die UN-Behindertenrechtskonvention ratifiziert hat, ist klar, dass die diese sehr umfassende Konvention nun der Maßstab der Behindertenpolitik auf allen Ebenen ist. Das Ziel der Inklusion hat damit einen wichtigen Siegeszug gestartet, der jetzt mit Leben gefüllt und in sämtliche Ecken unseres gesellschaftlichen Lebens getragen werden muss. Die Ratifizierung der Konvention und das Setzen dieses Maßstabes ist nun also vier Jahre nach der Verabschiedung der Konvention durch die Vereinten Nationen am 13. Dezember 2006 geschafft.

Doch wie sieht es in der Praxis aus? Viele schöne Worte werden nun massenweise gesprochen, wo bleiben die Taten? Dies fragen sich viele behinderte Menschen, deren Alltag immer noch von massiven Benachteiligungen, Ausgrenzung und Diskriminierung geprägt ist und bei denen der Wind der Inklusion noch nicht einmal in einem Hauch zu spüren ist. Seien es diejenigen, die in ländlichen Regionen leben und immer noch nicht die öffentlichen Verkehrsmittel nutzen können, wenn es sie dort überhaupt in ausreichendem Maße gibt. Die Finanzierung eines behindertengerechten Fahrzeugs wird ihnen in der Regel immer noch im großen Stil abgelehnt. Seien es diejenigen, die immer noch meist alternativlos in Sondereinrichtungen leben müssen. Inklusion ist dort meist noch ein unbekanntes Fremdwort und deren Alltag alles andere als selbstbestimmt. Seien es diejenigen, die immer noch in Sonderschulen beschult werden anstatt gemeinsam mit nichtbehinderten Menschen aufzuwachsen und zu lernen. Oder all diejenigen, die angesichts der angespannten Finanzlage der Kommunen und Länder immer wieder um ihre lebensnotwendige Assistenz bangen müssen. Gar nicht gesprochen von den noch vielen Barrieren, die viel zu langsam abgebaut und täglich sogar immer wieder neu errichtet werden.

Diese Beispiele aus dem realen Leben sollen die Erfolge der letzten Jahre in Sachen Gesetzgebung nicht klein reden, sie machen aber deutlich wie weit Wunsch und Wirklichkeit noch auseinander sind und wie viel es noch zu tun gibt. Nach der Offensive der Ratifizierung der UN-Konvention muss nun eine konzentrierte Aktion zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention kommen. Bis auf Rheinland-Pfalz, das im März letzten Jahres einen ersten Aktionsplan zur Umsetzung der Konvention verabschiedet hat, tappen wir weiterhin weitgehend im Dunkeln, wie sich die Verantwortlichen in den einzelnen Bereichen die Umsetzung der Konvention vorstellen. Ein guter und konkreter Start wäre nun, wenn endlich die von der Kommission entwickelte, vom Europäischen Parlament verabschiedete und hauptsächlich von Deutschland blockierte EU-Antidiskriminierungsrichtlinie verabschiedet würde. Dies wäre ein ganz konkreter und glaubhafter Schritt gegen die noch vielfältigen Diskriminierungen im zivilrechtlichen Bereich. Es wäre ein wichtiger Schritt um Diskriminierungen bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen und der Nutzung von Produkten zu verhindern und abzubauen. Die Bundesregierung muss in diesem Bereich endlich ihren beschämenden Widerstand aufgeben. Das wäre eine konkrete Tat, die den vielen schönen Worten folgen könnte.

http://www.kobinet-nachrichten.org/cipp/kobinet/custom/pub/content.lang,1/oid,25728/ticket.g_a_s_t

KINDERBETREUUNG

Einkommengerechtigkeit für Frauen: Das neue Jahr bringt Fortschritte, aber auch Rückschritte

Linz (OTS) - Die Arbeiterkammer Oberösterreich wird sich auch im Jahr 2011 mit aller Kraft für gerechte Fraueneinkommen einsetzen. Positiv bewertet AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer die ersten gesetzlichen Schritte Richtung Einkommenstransparenz, negativ das geplante Einfrieren der Bundesgelder für **Kinderbetreuung**.

Die Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz, die mit Jahresbeginn 2011 in Kraft tritt, bringt Verbesserungen für Frauen auf drei Ebenen:

- Mehr Einkommenstransparenz durch die verpflichtende Offenlegung von Männer- und Frauengehältern im Betrieb.
- Bessere Orientierung bei der Berufswahl: In Stellenangeboten muss künftig auf den geltenden Kollektivvertrag und auf eventuell bestehende Überzahlungen hingewiesen werden.
- Höhere Strafen bei Diskriminierung.

Rund 20 Prozent der Anfragen in der AK-Gleichbehandlungsberatung betreffen Entgelttdiskriminierung. Dieser Prozentsatz sagt aber wenig

über die realen Verhältnisse in den Betrieben aus. Denn meist wissen die Frauen gar nicht, dass sie weniger verdienen.

"Die betriebliche Einkommenstransparenz soll sachlich nicht erklärbare Einkommensunterschiede sichtbar machen, ohne jedoch Rückschlüsse auf Einzelpersonen zu ermöglichen. Wir erwarten uns, dass diese Unterschiede dann auch beseitigt werden, ohne dass die Frauen Klagen müssen. Das ist ein echter Fortschritt für die betroffenen Arbeitnehmerinnen", sagt Präsident Kalliauer.

Karriere und gutes Einkommen sind aber für viele Frauen nur möglich, wenn flächendeckende und gute Kinderbetreuungsangebote zur Verfügung stehen. "Das geplante Einfrieren der Bundesgelder für **Kinderbetreuung** wäre daher ein schwerer Rückschritt auf dem Weg zu mehr Einkommensgerechtigkeit. Das ist nicht akzeptabel", warnt Kalliauer.

Rückfragehinweis:

Arbeiterkammer Oberösterreich, Kommunikation
Martina Macher
Tel.: (0732) 6906-2190
<mailto:martina.macher@akooe.at>
<http://www.arbeiterkammer.com>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/21/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

KINDERERZIEHUNG

Erziehung: "Jetzt lass doch den Papa machen"

DiePresse.com

Es gibt Hoffnung, wenn sich schön langsam die Erkenntnis durchsetzt, dass auch Väter in der Kindererziehung kompetent und Mütter nicht unfehlbar sind. ...

Was Väter wirklich brauchen

derStandard.at

Der Einzelhandel trägt den Bemühungen um "mehr Mann" bei der Kindererziehung und den Abbau alter Geschlechtermuster auf seine Weise Rechnung: zwanglose ...

KINDERGARTEN

➔ ***Siehe auch: Morgenjournal (Samstag, 08. Jänner 2011, 07:00)***

KINDERRECHTE

Kinderrechte vor Aufnahme in die Verfassung

Nach monatelangen Debatten hat das Warten auf die Verankerung der UNO-Kinderrechtskonvention in der Verfassung nun offenbar bald ein Ende. Am Donnerstag ist die Sache Thema im Verfassungsausschuss, und die Freiheitlichen wären "grundsätzlich soweit", dem Gesetzesentwurf zuzustimmen. Das BZÖ will mit der Regierung weiterverhandeln, die Grünen wollen die gesamte Konvention in die Verfassung heben.

SPÖ und ÖVP sind, weil es sich um eine Verfassungsmaterie handelt, auf die Stimmen mindestens einer Oppositionspartei angewiesen. Durch die Verankerung in der Verfassung würden Kinderrechte künftig einklagbar. 2009 war dieses Vorhaben gescheitert - einerseits an inhaltlichen Differenzen, andererseits an der Oppositionsblockade von Zwei-Drittel-Materien, die mittlerweile beendet ist. Nach der Diskussion rund um Abschiebungen von Flüchtlingskindern gab es einen neuen Anlauf, ein entsprechender Entwurf der Regierung liegt im Verfassungsausschuss.

Für SPÖ-Klubchef Cap wäre es ein Fortschritt, wenn es im Jänner eine breite Mehrheit für die Verankerung der Kinderrechte in der Verfassung gäbe. Zuversichtlich zeigte sich diesbezüglich ÖVP-Verfassungssprecher Molterer. Er geht davon aus, dass es nächste Woche einen Beschluss geben wird.

Ermöglichen dürften das die Freiheitlichen. Diese wären "grundsätzlich soweit" mit Ja zu stimmen, wenn mitaufgenommen wird, dass Kinder in erster Linie in der Familie aufwachsen sollen, erläuterte Verfassungssprecher Harald Stefan. Für die Grünen ist die FPÖ damit "umgefallen". Sie wollen dem derzeitigen Entwurf nicht zustimmen, da ihrer Meinung nach zu wenige Artikel der Konvention verwirklicht würden. Das BZÖ zeigte sich gesprächsbereit, wenn im Gegenzug der Grundsatz der Generationengerechtigkeit ebenfalls in der Verfassung verankert wird.

<http://www.boerse-express.com/pages/929951/newsflow>

MÄNNER IM KINDERGARTEN

Männer in Kitas: Fortschritt oder Idealisierung? - Ein Streitgespräch

Dass die pädagogischen Fachkräfte zum allergrößten Teil weiblich sind, wird zurzeit von vielen Seiten aus unterschiedlichen Gründen kritisiert. Es sollen Männer ausgebildet und als Erzieher eingestellt werden. Dafür werden sogar spezielle Konditionen überlegt, wie z.B. in Brandenburg ([wir berichteten darüber](#)). Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat sich das Thema auf die Fahne geschrieben und finanziert eine Koordinationsstelle, die sich der Aufgabe tatkräftig annimmt. Mehrere Tagungen befassten sich mit der Frage, warum Männer in Kitas erforderlich und wie sie für diese Ausbildung und Tätigkeit zu gewinnen sind.

Die genannten Bestrebungen werden nicht nur mit Begeisterung aufgenommen – es gibt auch kritische Stimmen. Um den NutzerInnen unseres Portals eine eigene Meinungsbildung zu ermöglichen, haben wir zwei Fachkräfte mit unterschiedlichen Überzeugungen für ein Interview gewinnen können.



Prof. Dr. Heidi Keller

Prof. Dr. Heidi Keller ist Professorin für Psychologie, Fachgebiet Entwicklung und Kultur, an der Universität Osnabrück und Leiterin der Forschungsstelle Entwicklung, Lernen und Kultur des Niedersächsischen Instituts für Frühkindliche Bildung Entwicklung. Sie steht dem Thema eher skeptisch gegenüber.



Dr. Tim Rohrmann

Dr. Tim Rohrmann kommt von der Entwicklungspsychologie und hat über Geschlechtertrennung in der Kindheit und in der Kita promoviert. Er ist Gründer und Leiter des Instituts Wechselspiel - Institut für Pädagogik und Psychologie. Nach einer Tätigkeit im Projekt Männer in der pädagogischen Arbeit mit Kindern ist er jetzt Mitarbeiter in der Koordinationsstelle Männer in Kitas an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin.

ErzieherIn.de:

Was spricht unter dem Gesichtspunkt der Geschlechtergerechtigkeit für und was gegen eine Beteiligung von Männern an der frühpädagogischen Basisarbeit in Kitas?

Heidi Keller:

Wir müssen uns entscheiden, aus welcher Perspektive wir gesellschaftliche Situationen betrachten wollen – und in dem hier zur Debatte stehenden Zusammenhang nehme ich die Perspektive der Kinder ein. Geschlechtergerechtigkeit ist, glaube ich, kein Wert, der für Kinder in der Kita wichtig ist – da geht es eher darum, dass genügend Personen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Wenn aber jetzt offensichtlich mehr Männer in der Kita politisch gewollt sind, stellen sich verschiedene Fragen:

- Welche Rollenbilder wollen wir in unserer Gesellschaft propagieren, nachdem wir doch viel politischen Willen in das Gender Mainstreaming investiert haben?
- Wissen wir denn, welches Rollenbild die Männer vertreten, die sich für den Erzieherberuf interessieren?
- Die Entwicklung von Geschlechtsidentität und die Entwicklung von Geschlechtsrollenbildern sind zwei verschiedene, wenn auch miteinander zusammenhängende Entwicklungsbereiche. Natürlich vermitteln auch Frauen männliche Rollenbilder. In den 70er Jahren hat man sich schon für die Geschlechtsidentitätsentwicklung von Jungen aus Scheidungsfamilien bzw. alleinerziehenden Familien interessiert – und herausgefunden, dass die Jungen am stärksten männlich identifiziert waren, die aus „Frauen – Familien“ kamen.

Im Übrigen ist die Behauptung, Erzieher seien besonders für Söhne von alleinerziehenden Müttern wesentlich, eine zynische Überhöhung des sozialpolitischen Versagens gegenüber dieser Familienform.

Tim Rohrmann:

Die Aussage, dass Geschlechtergerechtigkeit für Kinder in der Kita nicht wichtig sei, finde ich erstaunlich. Kinder nehmen z.B. sehr wohl als ungerecht wahr, wenn ein Bereich im Kindergarten nur von Jungen „besetzt“ wird oder wenn Erzieherinnen mit Jungen mehr „schimpfen“ als mit Mädchen. Die Kindergartenzeit ist für die Entwicklung von Geschlechtsidentität und geschlechtsbezogenen Einstellungen eine entscheidende Lebensphase.

Dazu gehören natürlich auch Fragen der Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit, aber auch der Blick von Kindern auf die Erziehenden als Männer und Frauen. Alle vorliegenden Untersuchungen berichten übereinstimmend, dass Kinder ganz überwiegend sehr positiv auf Männer im Kindergarten reagieren, selbst wenn es nur Praktikanten sind. Aus Sicht der Kinder sind Männer in jedem Fall bedeutsam.

Über das Rollenbild von männlichen Erziehern wissen wir aus Praxisberichten und wissenschaftlichen Untersuchungen inzwischen recht viel. Dabei deutet nichts darauf hin, dass die Rollenbilder von Männern stärker geschlechtstypisch sind als die der weiblichen Kolleginnen. Eher ist das Gegenteil der Fall, weil schon die Entscheidung für einen traditionell als „weiblich“ angesehenen Beruf eine gewisse Distanz zu traditioneller „Männlichkeit“ voraussetzt. Dass in der Praxis oft geschlechtsstereotype Aufteilungen zu beobachten sind, wenn Männer ins Team kommen, liegt nicht nur an den Männern, sondern oft an den weiblichen Kolleginnen, die von männlichen Kollegen die Übernahme typischer „männlicher“ Aktivitäten und Aufgaben erwarten.

Die schlichte Aussage, dass Erzieher im Kindergarten besonders für Söhne alleinerziehender Mütter wesentlich sind, sehe ich wie Frau Keller skeptisch, zumal gerade diese Jungen oft Grund haben, Männern zunächst etwas misstrauisch entgegen zu treten. Dies widerspricht aber nicht der grundsätzlichen Aussage, dass gute Erfahrungen mit Männern für Jungen auf dem Weg zum Mann-Sein wichtig sind.

ErzieherIn.de:

Wie notwendig sind Männer in der Frühpädagogik für die Sozialisation von Jungen und Mädchen?

Heidi Keller:

Diese Frage muss differenzierter gestellt werden. Sprechen wir von Geschlechtsidentitätsentwicklung, kognitiver Entwicklung, sozial-emotionaler Entwicklung? Was die kognitive Entwicklung angeht, so gibt es inzwischen Untersuchungen aus der Schule, die zeigen, dass Kinder gleich viel lernen, und zwar Jungen und Mädchen, egal ob die Lehrer männlich oder weiblich sind.

Aus der wissenschaftlichen Perspektive ist es außerdem fraglich, ob und wie man Aussagen über den Einfluss von höchst unterschiedlichen Menschen allein aufgrund ihrer Geschlechtszugehörigkeit machen kann. Die Tatsache „Mann“ oder „Frau“ ist es doch nicht, die eine Professionalisierung in der Frühpädagogik bewirkt. In erster Linie kommt es auf die Persönlichkeiten der ErzieherInnen und deren fundierte Ausbildung an, egal ob es sich um Männer oder Frauen handelt. Und wenn wir schon Defizite in der Kita benennen, dann sind es andere Bedarfe, die gedeckt werden müssen:

- Es werden dringendst Erzieherinnen – und gerne auch Erzieher - mit anderen Muttersprachen als Deutsch in Kitas gebraucht.
- Die Aus- und Weiterbildung muss verbessert werden.
- Es muss mehr Vollzeitstellen geben und die Bezahlung sollte der verantwortungsvollen Aufgabe angemessen sein.

Was will man dann also mit Männern in der Kita erreichen?

Tim Rohrmann:

Die Geschlechterforschung der letzten Jahrzehnte hat die große Bedeutung geschlechtsbezogener Faktoren für die frühkindliche Sozialisation vielfach belegt, aber auch gezeigt, dass es hier keine einfachen Antworten gibt. Die Bedeutung der geschlechtsbezogenen Entwicklung wird im Niedersächsischen Orientierungsplan ausdrücklich formuliert: „Mädchen und Jungen müssen ihre eigene Geschlechtsidentität entwickeln können, ohne durch stereotype Sichtweisen und Zuschreibungen in ihren Erfahrungsmöglichkeiten eingeschränkt zu werden“ (S. 10). „Jedes Kind erfährt in der Kindergruppe, dass Jungen und Mädchen alle Erfahrungsfelder in gleicher Weise offen stehen und dass eingrenzende Geschlechtsrollenmuster überwunden werden können (S. 36). Dazu gehört unter anderem die Erfahrung, dass Kinderbetreuung nicht nur „weiblich“ ist, sondern auch Männer im Alltag für sie da sind. Der Orientierungsplan fordert daher konsequent: „Wünschenswert ist es, männliche Bezugspersonen in den Kita-Alltag einzubinden“ (ebenda).

Natürlich ist, wie eine Kollegin es einmal pointiert formulierte, „Mann-Sein an sich ja kein Qualitätsmerkmal“. Für eine Professionalisierung der Frühpädagogik sind Fragen des Geschlechts allerdings durchaus von Bedeutung – für Männer und Frauen gleichermaßen. Ein wesentliches Element dabei ist aus meiner Sicht der Dialog der Geschlechter, was einschließt, dass Kinder einen solchen Dialog erleben können. Dafür müssen aber Männer überhaupt erst einmal im Alltag vorhanden sein.

Die weiteren Forderungen kann ich nur unterstützen. Fort- und Weiterbildung ist wesentlich, gerade wenn mehr Männer in die Kita kommen, damit geschlechterstereotype Muster dadurch nicht verstärkt werden. Gerade der Mangel an Vollzeitstellen hält insbesondere Männer davon ab, sich für das Arbeitsfeld Kindertageseinrichtungen zu entscheiden. Und es braucht dringend mehr Erzieherinnen und Erzieher mit Migrationshintergrund.

ErzieherIn.de:

Halten Sie die Umschulung von erwerbslosen Männern für eine gute Methode, um männliche Erzieher für die Frühpädagogik zu gewinnen?

Heidi Keller:

Nein, ich halte das für keine gute Idee. Als Erstes wäre doch wohl zu untersuchen, warum, wie die WIFF festgestellt hat, die Hälfte der ausgebildeten ErzieherInnen überhaupt nicht den Beruf aufnehmen. Hier ist Forschungsbedarf dringend notwendig! Was ist die Motivation von Menschen, die ErzieherIn werden wollen, warum gehen sie aus dem Beruf raus – warum eine neue Gruppe unmotiviert in dieses nur diffus bekannte Feld hineindrücken?

Bei der Umschulung von langzeitarbeitslosen Männern ist die Frage, welche Motivation diese Männer haben, in den Erzieherberuf einzusteigen. Die Kita darf keine Spielwiese für Sinn suchende Männer sein. Und was ist mit den langzeitarbeitslosen Frauen? Bekommen sie nur aufgrund ihres Geschlechts nicht die gleiche Chance, in einen pädagogischen Beruf umzuschulen?

Tim Rohrmann:

Wir wissen aus den vorliegenden Untersuchungen, dass ein großer Teil der männlichen Erzieher so genannte „Quereinsteiger“ sind, die erst auf Umwegen in das Arbeitsfeld gekommen sind. Oft sind sie als Jugendliche oder junge Männer nicht auf die Idee gekommen oder sogar davon abgehalten worden, eine Ausbildung im pädagogischen Bereich zu beginnen.

Seit die Idee einer Umschulungsmaßnahme durch die Medien geht, gibt es täglich Anfragen von Männern, die sich dafür interessieren – keineswegs nur Arbeitslose. Diese Männer sind alles andere als unmotiviert, sondern suchen für sich eine neue Perspektive, und dafür ist eine erwachsenengerechte und fundierte Qualifizierung eine hervorragende Idee.

Dennoch muss natürlich die Untersuchung der Motivation und der persönlichen Eignung eine wichtige Ausgangsvoraussetzung für eine Teilnahme an einer solchen Qualifizierung sein. Umschulungen als Pflichtprogramm für Arbeitslose, die sich gar nicht für eine Arbeit in der Kita interessieren, wären nicht nur unsinnig, sondern auch verantwortungslos den Kindern und KollegInnen gegenüber.

ErzieherIn.de:

Sind Männer im Kita-Alltag für die ErzieherInnen eine Bereicherung? Wenn ja, warum?

Heidi Keller:

Das ist sicher auch individuell zu beantworten - es kann bereichernd oder auch störend sein – das hängt von der Person des Erziehers, vom Team und seiner Gruppendynamik ab. Warum Männer generell eine Bereicherung für die Professionalisierung des ErzieherInnenberufs sein sollen, die wir anstreben, ist mir jedoch nicht ersichtlich.

Tim Rohrmann:

Kitas sollten die Vielfalt der Lebenswelten von Kindern wiederspiegeln. Und dazu gehören auch Männer – und zwar möglichst unterschiedliche Männer. Die repräsentative Studie von Cremers, Krabel & Calmbach (2010) belegt nachdrücklich, dass die ganz überwiegende Mehrheit der Eltern, Kolleginnen und Kita-Träger männliche Fachkräfte grundsätzlich als bereichernd einschätzt.

Heidi Keller:

Vielfalt wird aber nicht durch Geschlechterdichotomisierung hergestellt!

ErzieherIn.de:

Welche Schwierigkeiten ergeben sich durch die Einbindung einer männlichen Fachkraft in ein weiblich dominiertes Berufsfeld und können diese bewältigt werden?

Heidi Keller:

Ich sehe da durchaus auch eine Gefahr: Wahrscheinlich erleben wir dann bald das gleiche Phänomen wie in den Grundschulen – dass nämlich die wenigen Männer in den Kitas die Leitungspositionen übernehmen. Ist das die angestrebte Geschlechtergerechtigkeit: Staatliche Programme mit viel Geld, um die beruflichen Aufstiegschancen von Frauen zu verschlechtern?

Tim Rohrmann:

Der Vergleich mit der Grundschule hinkt. Hier sinkt der Männeranteil seit Jahren, und das gilt auch für Leitungspositionen, die früher zumindest in Westdeutschland eine klare Männerdomäne waren. Aktuell steigt in Grundschulen nur der Anteil männlicher Putzkräfte.

Dennoch ist die Befürchtung nicht grundsätzlich unberechtigt, sich Männer eher von Kita-Ausbildungsgängen und Qualifizierungsprogrammen angesprochen fühlen, die in Richtung Leitung und Management zielen. Qualifizierungsprogramme sollten daher darauf abzielen, Männer tatsächlich für die pädagogische Arbeit mit Kindern zu gewinnen.

Wichtiger scheint mir jedoch ein anderer Punkt. Gemeinsame Erziehung durch Frauen und Männer ist eine Herausforderung, weil geschlechtstypische Unterschiede aufeinander prallen können oder plötzlich Dinge, die vorher „klar“ waren, nun von Frauen und Männern ausgehandelt werden müssen. Solche Störungen und Irritationen können bereichernd sein, allerdings nur, wenn eine Auseinandersetzung damit möglich ist und ggf. auch fachlich begleitet wird.

ErzieherIn.de:

Was bedeutet die Werbung für mehr männliche Fachkräfte in der Frühpädagogik für den Status und die Anerkennung der Arbeit von ErzieherInnen?

Heidi Keller:

Meiner Meinung nach beinhaltet diese Werbung eine Abwertung, wo – hoffen wir mal unbeabsichtigt - Vorurteile reaktiviert werden, z.B. dass Kinder nicht gut groß werden können, wenn nicht auch ein paar Männer Windeln wechseln und Tränen trocknen. Und wenn nun die Väter das zuhause nicht machen? Schaffen wir dann ein innerfamiliäres Konfliktfeld? Und diskriminieren wir nicht alle Alleinerziehenden, die die Windeln alleine wechseln und die Tränen alleine trocknen? An solchen kleinen Denkspielen sieht man wie unreflektiert das Ganze gehandhabt wird.

Tim Rohrmann:

Bei allen Bemühungen, den Männeranteil in Kitas zu erhöhen, dürfen wir natürlich nicht vergessen, was Frauen in diesem Arbeitsbereich seit Jahren leisten. Sich gegen männliche Fachkräfte zu wenden, weil in der öffentlichen und politischen Diskussion zuweilen recht platt argumentiert wird, hieße jedoch das Kind mit dem Bade auszuschütten. Es geht weder um eine Abwertung von Erzieherinnen noch um eine Diskriminierung von Alleinerziehenden, sondern für erweiterte Perspektiven für beide Geschlechter. Männer und Frauen in der Elementarpädagogik sind sich einig darin, dass die gesellschaftliche Wertschätzung für ihre Arbeit verbessert werden muss und dies sich auch in besseren Rahmenbedingungen und Gehältern widerspiegeln sollte.

ErzieherIn.de:

Wir sehen einem Fachkräftemangel in der Frühpädagogik entgegen, insbesondere durch den Aufbau von Krippen in den westlichen Bundesländern, aber auch durch die Altersstruktur des frühpädagogischen Personals. Glauben Sie, dass die Werbung für mehr Männer in Kitas dieses Problem beheben kann?

Heidi Keller:

Nein, das glaube ich nicht, weil es nicht dazu kommen wird, dass große Mengen von Männern aus eigener Motivation in die Kitas drängen. Es gibt evolvierte Verhaltensdispositionen, die sich auch in Neigungen und Interessen niederschlagen. Männer haben im Durchschnitt eine geringere Neigung, sich mit Babys und Kleinkindern zu beschäftigen. Das haben weder die neuen Väter, Elternzeitregelungen, noch Männer in Kitas in großem Stil auf den Kopf gestellt.

Tim Rohrmann:

Mehr Männer für eine Tätigkeit in Kindertageseinrichtungen zu bringen ist ein langfristiges Projekt, kein Schnellprogramm zur Behebung des anstehenden Fachkräftemangels. Die Fähigkeit zum Umgang mit kleinen Kindern ist allerdings keine Disposition, sondern wird wesentlich durch „learning by doing“ erworben, wie nicht zuletzt die Säuglingsforschung in den letzten Jahrzehnten beeindruckend gezeigt hat.

ErzieherIn.de:

Glauben Sie, dass durch die aktuelle Familienpolitik, den neuen Väterhype und die Kampagne für Mehr Männer in Kitas hier etwas in Bewegung kommt? Es gibt schließlich inzwischen durchaus Männer, die anders mit Kleinkindern umgehen als noch vor einigen Jahrzehnten.

Heidi Keller:

Das sind erfreuliche Entwicklungen, aber mit Sicherheit nicht flächendeckend und schichtübergreifend.

Ich bin aber auch der Meinung, dass man ideologische und politische Fragen und Entscheidungen als solche betrachten muss – „Männer in Kitas“ ist ein politisches Programm, und zwar eines, das die Gefahr der Entwertung der weiblichen Arbeit in Kitas birgt.

Tim Rohrmann:

Die genannten Entwicklungen sind meiner Ansicht nach nicht nur bedeutsam, sondern tatsächlich überall aufzufinden und nicht nur Privileg einer kleinen Gruppe. Die neuen Elternzeitregelungen haben in der Praxis dazu geführt, dass Männer mehr im Kindergarten anzutreffen sind, regelmäßig ihre Kinder bringen und abholen und – ein neuer Trend – zunehmend häufiger sogar die Eingewöhnung in die Krippe übernehmen (wenn sie die letzten beiden „Papa-Monate“ nehmen). Mein Eindruck ist, dass Kindertageseinrichtungen der gesellschaftlichen Entwicklung zur Einbeziehung von Vätern in die Erziehung gerade eher hinterher laufen. „Mehr Männer in Kitas“ steht daher gleichstellungspolitisch absolut auf der Tagesordnung.

ErzieherIn.de: Frau Keller, Herr Rohrmann, ich danke Ihnen für dieses Interview.

Das Interview führte Hilde von Balluseck.

<http://www.erzieherin.de/maenner-in-kitas-fortschritt-oder-idealisierung.php>

MONTESSORI

INFORMATIONENABEND ZUR MONTESSORI-PÄDAGOGIK

Kurzvorstellung der Pädagogik, Montessori-Literatur sowie Informationen zur Diplombildung. Eintritt frei.

Mittwoch, 12. Jänner 2011, 19 Uhr
Montessori-Zentrum, Hüttelbergstraße 5, 1140 Wien

REFRESHER UND FORTBILDUNG FÜR MONTESSORI-LEHRERINNEN

Bekanntes und Neues für die Montessori-Schule. Auffrischung des Gelernten, neue Impulse, Auftanken in angenehmer Atmosphäre bietet die Refresher-Reihe.

Nächster Termin: 14. Jänner 2011, 18.30 Uhr

Thema: Zählen und Rechnen in anderen Zahlensystemen

REFRESHER-REIHE FÜR KINDERHAUS-PÄDAGOGINNEN

Bekanntes und Neues für für das Montessori-Kinderhaus.
Auffrischung des Gelernten, neue Impulse
oder Schnupperabend für Montessori-Neulinge

Nächster Termin: 19. Jänner 2011, 18.30 Uhr
Thema: Rechnen mit großen Zahlen

Veranstaltungsort der Montessori-Akademie:

Montessori-Zentrum
Hüttelbergstraße 5
1140 Wien

Montag bis Freitag
9 - 17 Uhr geöffnet
Tel.: +43 (0)1 911 69 69
Fax: +43 (0)1 911 69 69-20
www.montessori.at

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

ÖVP-Attacke auf Pädagogische Hochschulen

Eigene "Bildungs-Unis" sollen Ausbildung der Pädagogen übernehmen, fordert ÖVP-Wissenschaftssprecherin Cortolezis-Schlager. Für die Umgestaltung der PH sei es zu spät. [...mehr](#)

Nach Attacken: Hochschul-Rektoren erzürnt über ÖVP

DiePresse.com
Pädagogische Hochschulen. Die Kritik von ÖVP-Wissenschaftssprecherin Cortolezis-Schlager zeuge von „eklatanter Unwissenheit“, sagen die Rektoren. ...

Volksschullehrer sollen bald fünf Jahre bis zum "Master" studieren

DiePresse.com
Doch für den „Master“ für Volksschullehrer fehlen zusätzliche Top-Ausbildner an den Pädagogischen Hochschulen. Wien. Der Druck auf die Volksschullehrer ...

PARLAMENTSMELDUNGEN

Nach 40 Stunden Debatte passiert Budget 2011 das NR-Plenum Opposition bringt über 60 Anträge ein

Wien (PK) - Nach rund 40 Stunden Plenardebatte, der eine 74-stündige Diskussion im Budgetausschuss voranging, gab der Nationalrat mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP grünes Licht für das Budget 2011. Allein auf das Budgetbegleitgesetz entfielen 14 Stunden Diskussion im Plenum und 7 Stunden Beratungen im Ausschuss. Das Budgetbegleitgesetz muss allerdings noch vom Bundesrat bestätigt werden, der dazu am 23. Dezember eine Sitzung einberufen hat. In Bezug auf das Bundesfinanzgesetz selbst kommt der Länderkammer jedoch kein Mitwirkungsrecht zu.

Den Vorwurf des Verfassungsbruchs wegen der zu späten Vorlage des Budgets hielten die Abgeordneten der oppositionellen Parteien bis zum Schluss der Beratungen aufrecht. Eine Marathonrede des Abgeordneten Werner Kogler (G) im Budgetausschuss von mehr als 13 Stunden und ein Abstimmungsmarathon zum Budgetbegleitgesetz von über 8 Stunden aufgrund der zahlreich eingebrachten Anträge, von denen 25 auf Verlangen der Opposition im Plenum namentlich abgestimmt wurden, erzwangen Nachtschichten der ParlamentarierInnen. Die Präsidentin des Nationalrats dankte in diesem Zusammenhang auch allen MitarbeiterInnen der Parlamentsdirektion und der Klubs für deren Arbeit.

Die Verhandlungen waren durchgehend geprägt von der scharfen Kritik der Opposition an den Sparplänen der Regierung. FPÖ, Grüne und BZÖ warfen der Koalition insbesondere vor, am falschen Platz zu sparen und keinerlei Maßnahmen zu einer Verwaltungsreform gesetzt zu haben. Vor allem traten sie für die Rücknahme von Kürzungen im Familienbereich ein. Mit ihren Forderungen, die sie mittels zahlreicher - insgesamt weit mehr als hundert - Abänderungs- und Entschließungsanträge zum Budgetbegleitgesetz und zum Bundesfinanzgesetz vorbrachte, konnte sich die Opposition jedoch nicht durchsetzen.

Das Bundesfinanzgesetz 2011 veranschlagt für das kommende Jahr Einnahmen in der Höhe von 62,54 Mrd. und Ausgaben in der Höhe

von 70,16 Mrd. . Das entspricht einem Defizit des Bundes von 2,6 % des BIP. Das gesamtstaatliche Defizit, berechnet nach Maastricht-Kriterien, wird vom Finanzministerium für 2011 mit 3,2% angegeben. Die Schuldenquote steigt auf 71,3% des BIP.

In einzelnen Bereichen, etwa bei der Dotierung des Familienlastenausgleichsfonds, wurden im Budgetausschuss noch Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Voranschlag vorgenommen, die Budgeteckdaten ändern sich dadurch aber nur geringfügig. Im Rahmen des langen Abstimmungsprozesses zum Budgetbegleitgesetz im Plenum passierte den Koalitionsabgeordneten eine Abstimmungsspanne, indem sie irrtümlich die geplante Ausgliederung der Heeresforstverwaltung verhindert haben.

Budget 2011 mit S-V-Mehrheit angenommen

In der Abstimmung wurden die Anlagen I bis IV (Bundesvoranschlag 2011; Personalämter - Bruttodarstellung; Finanzierung, Währungstauschverträge - Bruttodarstellung; Personalplan) zum Bundesvoranschlag 2011 in der Fassung des Ausschussberichts mehrheitlich angenommen.

Der B-Abänderungsantrag zum Bundesfinanzgesetz 2011 wurde abgelehnt.

Das Bundesfinanzgesetz wurde sodann in der Fassung des Ausschussberichts mit S-V-Mehrheit angenommen. Damit war das Budget für das Jahr 2011 verabschiedet.

Anträge der Opposition werden abgelehnt

Sodann wurde über die Entschließungsanträge in der Reihenfolge der Einbringung abgestimmt. Die F-Entschließungsanträge betreffend Aussetzung der Sessionen am Verfassungsgerichtshof, eigenes Dienst- und Besoldungsrecht für Polizei und Bundesheer, Prüfkompenerweiterung des Rechnungshofs, Förderungserhöhung für Frauenhäuser, bessere Entlohnung für Exekutivbedienstete, Besserstellung der Exekutive, Streichung von Diplomatenprivilegien, Sparmaßnahmen im Außenministerium und öffentliche Debatte über die österreichische EZA verfielen sämtlich der Ablehnung.

Selbiges galt für die G-Anträge betreffend EZA, Hebung der Lesekompetenz, Erhöhung der Ausgleichstaxe, Staffelung der Forschungsprämie, Vertragsschablone für Vorstandsverträge, Fortsetzung des Bundeszuschusses zum Ausbau der **Kinderbetreuung**, Mehrkinderzuschlag, Familienbeihilfe für Studierende, Erhöhung der Energieforschungsausgaben, Fördergelder an landwirtschaftliche Betriebe und Beibehaltung der Zugangskriterien für die Pflegestufen 1 und 2.

Auch die F-Anträge betreffend Bezahlung der Rundfunkgebühren, Erhöhung der Planstellen in der Justizwache, Abstandnahme von Budgetkürzungen in der Miliz, Zukunft des Bundesheeres, Verlängerung der Übergangsfristen zur Öffnung des österreichischen Arbeitsmarkts, Vorverlegung der Investitionen in Barrierefreiheit, Förderung für Kraftfahrzeuge von Behinderten, Aliquotierung der Pensionsanpassung, Finanzierung des Gesundheitswesens, Absetzbarkeit von Spenden für Tier- und Umweltschutz, Reform der Sekundarschule, Basisabgeltung für Museen und Theater, Uni-Milliarde, Einführung eines Österreich-Tickets, Direktzugsverbindung zwischen den Landeshauptstädten, Beibehaltung der 13. Familienbeihilfe, Anpassung der Familienbeihilfe für BürgerInnen aus dem EU/EWR-Raum, Bündelung der Forschungsaktivitäten, Förderobergrenze für Agrarförderungen, Erhöhung der Beitragssätze in der SV der Bauern, Milchkontingente, Halbierung der MWST auf Energie aus erneuerbaren Ressourcen, Erhöhung des Wirtschaftsstandorts, Parameter für den Finanzausgleich, kerneuropäische Hartwährungszone, Verlängerung eines Paragraphen im Gehaltsgesetzes und die Einführung einer Subventionstransparenzdatenbank wurden jeweils abgelehnt.

Auch das BZÖ hatte mit seinen Anträgen kein Glück, diese wurden gleichfalls sämtlich abgelehnt, konkret jene betreffend Verbesserungen im Behindertenbereich, Verbesserungen im Pflegebereich, Allianz für Bildung, Neue Mittelschule, Sanierung des anatomisch-pathologische Instituts, Haus der Geschichte, Erhöhung der F&E-Mittel, UNI-Card, Familienleistungen, Valorisierung der Familienleistungen, sprachliche Frühförderung, ländliche Entwicklung, zinsfreies Kreditmodell für thermische Sanierung, Budget der Österreich Werbung, Nahverkehrsförderung, NOVA auf Elektrogeräte, kurzfristige Steuerentlastung, Umsetzung einer Verwaltungsreform und Finanzierung des Freilichtmuseums Stübing.

In einer namentlichen Abstimmung wurde der F-Antrag auf Schaffung einer Medizin-Uni in Linz mit 70 zu 107 Stimmen abgelehnt. Gleichfalls abgelehnt wurde der F-Antrag betreffend "Herkunftslandprinzip" in einer namentlichen Abstimmung mit 56 zu 124 Stimmen. Auch der F-Antrag betreffend Bau des Linzer Westrings wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt, diesmal mit 54 zu 123 Stimmen.

Angenommen wurde ein V-S-Antrag betreffend Mobilitätsförderung.

Im Anschluss an diese Sitzung fanden zwei weitere Sitzungen des Nationalrats statt, die geschäftsordnungsmäßigen Mitteilungen und Zuweisungen dienten.

(Schluss Nationalrat/Budget)

Eine Aussendung der Parlamentskorrespondenz
Tel. +43 1 40110/2272, Fax. +43 1 40110/2640
e-Mail: pk@parlament.gv.at , Internet: <http://www.parlament.gv.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/172/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
 INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Die Parlamentswoche vom 10.1.2011 - 14.1.2011 - Erste Ausschusssitzungen am 12. Jänner

Wien (PK) – Nach seiner Weihnachtspause startet das Parlament mit einer Reihe von Ausschusssitzungen ins neue Jahr: Der Rechnungshofausschuss, der Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen, der Gleichbehandlungsausschuss und der Verfassungsausschuss treten in der zweiten Januarwoche zu Sitzungen zusammen.

Am 13. Jänner lädt Nationalratspräsidentin Barbara Prammer außerdem zu einer Podiumsdiskussion unter dem Titel "Die NichtwählerInnen – Analyse und kritische Betrachtung" ins Pressezentrum des Hohen Hauses.

Mittwoch, 12. Jänner

Der [Rechnungshofausschuss](#) tritt zu einer Sitzung zusammen. Neben einer aktuellen Aussprache steht u. a. der EU-Finanzbericht 2009 auf seiner Tagesordnung. (9.30 Uhr)

Themenkomplex Kinder in Schubhaft

Der [Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen](#) befasst sich mit dem Themenkomplex Kinder in Schubhaft und lädt dazu NGO- und Regierungsvertreter – darunter Michael Chalupka (Diakonie Österreich), Michael Landau (Caritas Erzdiözese Wien), Christian Moser (SOS-Kinderdorf) und Heinz Patzelt (Amnesty International Österreich) – als Auskunftspersonen. (11 Uhr)

Donnerstag, 13. Jänner

Eine Novelle zum Gleichbehandlungsgesetz, die mehr Einkommenstransparenz zur Vermeidung der Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt vorsieht, steht am Donnerstag auf der Tagesordnung des [Gleichbehandlungsausschusses](#). (11 Uhr)

Verankerung von Kinderrechten in der Bundesverfassung

Der [Verfassungsausschuss](#) beschäftigt sich in seiner Sitzung vor allem mit der Verankerung von Kinderrechten in der Bundesverfassung. Zu diesem Zwecke lädt der Ausschuss fünf ExpertInnen zu einem Hearing. (15.30 Uhr)

Nationalratspräsidentin Barbara Prammer lädt im Rahmen der Reihe "Medien.Macht.Demokratie" zur Podiumsdiskussion "Die NichtwählerInnen – Analyse und kritische Betrachtung" ins Pressezentrum des Parlaments. Am Podium werden Stefan Bachleitner (Leiter der Kampagne zur Wiederwahl von Bundespräsident Heinz Fischer), Fritz Plasser (Politikwissenschaftler und Soziologe, Koordinationsplattform Österreichische Wahlforschung), Robert Stein (Bundesministerium für Inneres/Wahlangelegenheiten) und Eva Zeglovits (Fakultätszentrum für Methoden in den Sozialwissenschaften, Uni Wien) Platz nehmen. Moderiert wird die Diskussion von Claudia Dannhauser (Die Presse).

(18.00 Uhr, Pressezentrum)

HINWEIS: Die in der "Parlamentswoche" angeführten Veranstaltungen sind grundsätzlich nicht öffentlich, Teilnehmerinnen und Teilnehmer benötigen eine Einladung. Journalistinnen und Journalisten benötigen für eine Teilnahme einen JournalistInnenausweis bzw. eine Akkreditierung als Parlamentsjournalisten. (Schluss)

PLATTFORM EDUCARE

- Selbstverständnis
- Forderungen
- Mitglieder
- Presse-
Aussendungen

Morgenjournal (Samstag, 08. Jänner 2011, 07:00)

1. Wetter - Siegfried Fink
2. Bildungsexperten zu ÖVP-Bildungspapier - Martin Haidinger

3. Bilanz Kindergartenpflicht - Monika Feldner-Zimmermann

4. Tabakindustrie zu Nichtrauchererschutz und Tabaksteuer - Paul Schiefer
 5. Liberaler Umgang mit Drogen im Kanton St. Gallen - Carola Schneider
 6. Wahlfälschung im Kosovo - Christian Wehrschütz
 7. Interv. ehem. Anführer der "Rothenmen" - Raul Kirschbichler
 8. Großbritannien: Verurteilung wegen Spesenskandal - Elisabeth Manas
 9. Staatsopernballett "Schritte und Spuren" - Christian Fillitz
 10. Tschechows "Der Kirschgarten" im Tiroler Landestheater - Martin Sailer
 11. Nachrichten - Karin Fischer
- Moderation: Wolfgang Wittmann

➔ http://oe1.orf.at/konsole?show=ondemand&track_id=263678&load_day=/programm/konsole/tag/20110108

QUALITÄT IN DEN ELEMENTARBILDUNGSEINRICHTUNGEN

E-Mail-Aktion

NUN IST INVESTITION IN DIE QUALITÄT DER ELEMENTARPÄDAGOGISCHEN EINRICHTUNGEN ANGESAGT!

Eine große Anzahl von an der Elementarpädagogik – und damit an der Zukunft unseres Landes - interessierten Menschen aus ganz Österreich hat in den vergangenen Tagen ihre Sorge über die Zukunft der Kindergärten und anderen Einrichtungen bekundet. So weit sie der Plattform EduCare bekannt sind, finden sie die bisherigen [Schreiben](#) von Mitgliedern und MultiplikatorInnen auf der Homepage der Plattform EduCare. Nunmehr gibt es auch schon einige [Stellungnahmen von PolitikerInnen](#). Die Ministerinnen **Karl** und **Schmied** sind beispielhaft in Sachen Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen

unterwegs. Sie geben uns zumindest das Gefühl, in den [Stakeholderkonferenzen](#) ernst genommen zu werden.
 Sie haben, bislang, trotzdem leider nicht auf die vielen Schreiben geantwortet.
 Die Klubobleute der Parlamentsparteien **GRÜNE** und **FPÖ** lassen offensichtlich über ihre Bereichssprecher Respekt am Wahlvolk erkennen. Beide Parteien mit offenen Worten zur bisherigen Politik und mit Aussagen, die auf zukünftige parlamentarische Initiativen hoffen lassen.
Die Frau Parlamentspräsidentin, die Klubobleute von SPÖ, ÖVP und BZÖ negieren unsere Sorgen bislang überhaupt.
 Wenigstens aus Wien erhalten wir von der **SPÖ - Herrn Stadtrat Oxonitsch** - Antwort und Verständnis.
 Die Schreiben finden Sie [hier](#).
 Viele sind - zurecht - zutiefst verärgert!
 Wir möchten Ihnen einerseits herzlich für Ihr Engagement für das Elementarbildungswesen in Österreich, für die Zukunft unseres Landes danken – und Sie andererseits **dringend ersuchen**, in ihrem KollegInnen-, Bekannten- und Freundeskreis sowie bei den Eltern weitere Briefe anzuregen:
["Wir brauchen ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Einrichtungen"](#)
 - unter diesem Link finden Sie Adressen und Textvorschlag für die E-Mail.

Schreiben an die Abg. z. NR. Mag.^a Gisela Wurm, SPÖ, zur Forderung nach gleiche gesetzlichen Mindeststandards für Elementarbildungseinrichtungen in ganz Österreich

Von: Johannes-Maria Lex [mailto:johannes-maria.lex@aon.at]
Gesendet: Donnerstag, 06. Jänner 2011 13:52
Betreff: Ihre Forderung in Nationalrat nach gesetzlichen Mindeststandards für die Kinderbetreuung

Sehr geehrte Frau Abgeordnete zum Nationalrat Mag.^a Wurm!

Mit Freude entnehme ich einer APA-Aussendung, dass Sie als SPÖ-Frauen- und Gleichberechtigungssprecherin im Nationalrat „gesetzliche Mindeststandards für die Kinderbetreuung“ – in allen Bundesländern gleich - gefordert haben.

Ich und viele andere Mitglieder und MultiplikatorInnen der Plattform EduCare haben an Frau Nationalratspräsidentin Prammer und deren Stellvertreter, an die Damen und Herren Klubobleute der Parlamentsparteien sowie an die zuständigen MinisterInnen der Bundesregierung ein Schreiben gerichtet, dessen Inhalt kurz mit: ["Wir brauchen ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Einrichtungen"](#) umschrieben werden kann.

Dieses Schreiben ist auch an Sie, wie an alle Frauen im Österreichischen Nationalrat, ergangen.

Die Klubobleute der Parlamentsparteien **GRÜNE** und **FPÖ** lassen offensichtlich über ihre Bereichssprecher Respekt am Wahlvolk erkennen. Beide Parteien mit offenen Worten zur bisherigen Politik und mit Aussagen, die auf zukünftige parlamentarische Initiativen hoffen lassen. Die Frau **Parlamentspräsidentin**, die Klubobleute von **SPÖ, ÖVP und BZÖ**, die angeschriebenen **Frauen im Österreichischen Nationalrat** negieren unsere Sorgen bislang überhaupt.

Wenigstens aus Wien erhalten wir von der **SPÖ - Herrn Stadtrat Oxonitsch** - Antwort und Verständnis.

Wir wissen, dass seitens der SPÖ bereits einmal ein entsprechender Initiativantrag im Nationalrat gestellt worden ist – und in die Gremien verwiesen wurde (wie auch ein fast gleich lautender Antrag der GRÜNEN).

Was hält Sie, sehr verehrte Frau Abgeordnete, ab, uns wenigstens zurückzuschreiben ?

Was hält Sie davon ab, im Nationalrat mit Ihrer Fraktion – oder noch besser: im Namen der SPÖ- und ÖVP-Mehrheit bzw. sogar als überparteilichen Antrag von im Nationalrat vertretenen Frauen - entsprechende Initiativen zu setzen?

Verzeihen Sie, aber ich fühle mich gefrotzelt! Und mit mir sicherlich der Großteil der etwa 140 E-Mail-Schreiberinnen und -Schreiber.

Was wollen Sie als unsere gewählte Vertreterin damit ausdrücken?

Wollen Sie uns für dumm verkaufen? Fehlt Ihnen das Gespür, zu erkennen, dass so nur Frust erzeugt wird?

Meinen Sie, wir spüren nicht, dass Sie uns offensichtlich nicht ernst nehmen?

Sind Sie davon überzeugt, dass mit solchen Vorgehensweisen dem so bejammerten Stimmenzulauf zur FPÖ Einhalt geboten werden kann?

Ich würde mich freuen, wenigstens von Ihnen eine Antwort zu erhalten, die nicht auf bereits Erreichtes – über das wir uns freuen! – verweist und auf die Zukunft vertröstet, weil die wirtschaftlichen/politischen Gegebenheiten nichts anderes zulassen... Gerne werde ich Ihre Antwort auch an die Kolleginnen und Kollegen im Elementarbildungsbereich weiterleiten. Ihre potentiellen Wähler.

Es grüßt Sie mit freundlichen Grüßen ein derzeit äußerst frustrierter Wähler

Johannes-Maria Lex

P.S: Eine Kopie dieses Schreibens ergeht an die Damen und Herren der Steuergruppe der Plattform EduCare (<http://www.Plattform-EduCare.org>) und an die mir bekannten KollegInnen, die sich bisher an der E-Mail-Aktion beteiligt haben.

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

Sprachförderung in der Kita

"Sprache" ist im wahrsten Sinne des Wortes in aller Munde, nicht nur im neuen Programm der Bundesregierung. Sie ist auch häufiger Gegenstand von Expertisen, Fachtagungen, Zeitschriftartikeln etc. Sprache ist eben ein elementarer Teil des Miteinanders. Sie kann integrieren, aber auch ausschließen. Sprachförderung soll deshalb so früh wie möglich beginnen. Das bedeutet für angehende frühpädagogische Fachkräfte, sich während des Studiums oder der Ausbildung damit beschäftigen zu müssen, um Kinder in ihrer Sprachentwicklung begleiten zu können.

Prof. Dr. Petra Völkel ist Leiterin des Bachelorstudiengangs "Elementare Pädagogik" an der Evangelischen Hochschule Berlin. Im [Interview](#) zeigt sie Gründe dafür auf, weshalb es wichtig ist, Kinder so früh wie möglich in ihrer sprachlichen Entwicklung zu unterstützen und warum Sprachförderung im frühpädagogischen Studium gelehrt werden sollte.

PD Ulrich Wehner ist Leiter des Bachelorstudiengangs "Sprachförderung und Bewegungserziehung" an der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe. Warum die Hochschule das Thema Sprachförderung zu einem Schwerpunkt des Studiengangs gemacht hat und was die AbsolventInnen an Kompetenzen in die Praxis einbringen können, stellt Herr Wehner in unserem [Interview](#) dar.

Stopp für den §15a-Vertrag bedeutet Aus für die Sprachförderung - das ist ...

Live-PR.com (Pressemitteilung)

... und andere bundeseinheitliche Regelungen erfüllen teilweise langjährige Forderungen aller Berufsgruppenvertretungen gemeinsam mit der Plattform

EduCare. ...

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße
Pädagogik -
Veranstaltungen und
Events](#)

16. GAIMH Jahrestagung - 17.-19. 2. 2011 - Universität Wien: Was Kinder (über)leben lässt – die Liebe als Wirkfaktor in der frühen Kindheit

Die Liebe zum Kind ist bereits vom Beginn des Lebens an der Nährboden für psychische, geistige und körperliche Entwicklung. Nur wer Liebe erfährt, kann sich selbst lieben und seine, ihm von der Natur gegebenen Fähigkeiten, voll entfalten. Ohne Liebe ist Überleben nicht möglich!

Wie kann diese Grundbedingung »Liebe« nun von den unterschiedlichsten Berufsgruppen unterstützt werden? Was braucht es dafür? Welche professionellen und politischen Grundlagen sind nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft nötig? Wie gelingt der Transfer in die Praxis? Welche Aus- und Weiterbildungen sind dafür für wen erforderlich? Und wie kommt der Nutzen schließlich zu den Eltern, den KleinkindbetreuerInnen und zum Kind?

Die 16. Jahrestagung der GAIMH-Gesellschaft für die seelische Gesundheit in der frühen Kindheit widmet in Kooperation mit der Österreichischen Liga für Kinder und Jugendgesundheit ihre Aufmerksamkeit diesem zentralen Thema »Liebe« und weiteren psychosozialen Voraussetzungen, welche Babys und Kleinkinder zum gesunden Wachstum brauchen.

Die Themensetzung in einem wissenschaftlichen Rahmen ist dabei bewusst als Spannungsfeld gedacht. Die Auseinandersetzung erfolgt aus zwei sich ergänzenden Blickwinkeln:

1. Zum einen wird der Frage nachgegangen, was ein Kind zum gesunden Wachstum braucht und wie gesellschaftlich und professionell ein entsprechender Nährboden geschaffen werden kann, um einen liebevollen Umgang mit Kindern zu gewährleisten.
2. Die zweite Schwerpunktsetzung gilt der Auseinandersetzung mit Biographiebrüchen und deren Folgen sowie Möglichkeiten für Prävention und Therapie.

Besonderes Augenmerk wird dabei darauf gelenkt in Entscheidungsprozessen den Blick auf das einzelne Kind nicht zu verlieren und auch in Übergangsphasen Sicherheit und Halt zu geben.

Der Kongress dient als interdisziplinäre Plattform der verschiedenen Berufsgruppen im frühkindlichen Bereich, zum Informationsaustausch über neueste wissenschaftliche

Erkenntnisse. Er gibt Gelegenheit, den eigenen Blick für die elementaren Bedürfnisse von Kleinkindern zu schulen und frühzeitige Fehlentwicklungen zu erkennen. Weiters gibt er die Möglichkeit, eigene Einstellungen und das eigene Handeln gegenüber Ungeborenen, Säuglingen und Kleinkindern zu reflektieren. Darüber hinaus ist es den Veranstalterinnen ein großes Anliegen, die neuen Kenntnisse und Forschungsergebnisse zu den Meinungsbildnern im frühkindlichen Bereich zu tragen, damit diese möglichst rasch und auf direktem Wege den Kleinsten und Schwächsten in unserer Gesellschaft zu Gute kommen.

Veranstalterinnen:

German Speaking Association for
Infant Mental Health-GAIMH
www.gaimh.org
Österr. Vorsitz: Katharina Kruppa
Österreichische Liga für Kinder und
Jugendgesundheit
www.kinderjugendgesundheit.at
Präsident: Klaus Vavrik

Tagungsort:

Universität Wien
Dr.-Karl-Lueger-Ring 1
1010 Wien

Teilnahmegebühren:

€ 210,- Kongresskarte
€ 180,- für Mitglieder (GAIMH, LIGA)
(3 Kaffeejausen inkludiert)
€ 120,- StudentInnen (limitierte Anzahl)

Unkostenbeiträge:

€ 15,- Gemütlicher Heurigenabend
€ 7,- je Mittagessen

Tageskarten:

ab 12.2.2011 und an der Tageskassa
nach Verfügbarkeit erhältlich
€ 100,- pro Tag
€ 90,- für Mitglieder (GAIMH, LIGA)

Anmeldung & Information:
Organisationsbüro
GAIMH Jahrestagung 2011
Martina Wolf
organisationsbuero@gmx.at
+43 (0) 664 915 09 97

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:
Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265
Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information. Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen
Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten
Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.